



Stadtblick 16

INFORMATIONEN ZUR
STADTENTWICKLUNG
SEPTEMBER 2007

Grenzen im Fluss

- > Allianzen schaffen
- > Die Schweiz – unsere Heimat
- > Eine gemeinsame Vision: Naturpark Sihlwald
- > Wie viel Dynamik erträgt die Stadt?

Grenzen im Fluss

- 3 Editorial
- 4 Allianzen schaffen
- 5 Standpunkt des Stadtpräsidenten
- 6 Grenzen unter Druck
- 9 Interview mit Luzerns Stadtpräsident Urs W. Studer
- 11 Metropolregionen in Deutschland im Überblick
- 13 Auf nach Zug!
- 14 Glattpark als Teil der Glattalstadt
- 16 Eine gemeinsame Vision: Naturpark Sihlwald
- 18 Die Schweiz – unsere Heimat
- 20 25 Jahre Städtepartnerschaft Zürich-Kunming
- 21 Competitive Locations – Liveable Cities
- 23 Am Rand – Begegnungen mit der Stadtgrenze
- 25 Einfach eine von 171 Gemeinden?

Aktuell

- 27 Zürichs Norden: Lage als Hauptvorteil
 - 28 Wie viel Dynamik erträgt die Stadt?
-
- 30 Kurz und bündig

Liebe Leserin, lieber Leser

Fliessen ist eine manchmal zwar kaum wahrnehmbare, aber doch stetige und unaufhaltsame Bewegung. Grenzen im Fluss sind demnach ein untrügliches Zeichen der Veränderung. In der Tat, in der Schweiz ist einiges in Bewegung geraten – die bestehenden, kleinteilig-föderalistischen Strukturen werden vielerorts in Frage gestellt. Nachrichten über Gemeindefusionen, regionale Vereinsbildungen und neue Formen städteübergreifender Zusammenarbeit lassen aufhorchen. Dies gilt auch für den Grossraum Zürich, weshalb wir in diesem Heft das Thema Grenzen ins Zentrum stellen.

Die Schweiz wird oft als ein Land mit engen Grenzen und kleinräumigem Geist gesehen. Die Beiträge in diesem Heft dokumentieren aber deutlich einen Veränderungsprozess. Wir sind daran, die engen Grenzen grossräumiger zu ziehen.

Auch der Zürcher Stadtrat ist mit seinem Legislaturschwerpunkt «Allianzen» daran, einen neuen Umgang mit Grenzen – seien sie nun lokal oder international – zu finden.

Je stärker die eigene Identität, umso leichter können Grenzen überschritten werden, sei es auf gesellschaftlicher Ebene, wie dies Christof Meier beschreibt, sei dies bei grenzüberschreitenden Projekten im Nahraum Zürichs (z.B. Sihlwald, Glattalstadt) oder bei Projekten im Wirtschaftsraum Zürich, einer Einheit, die erst auf dem Weg ist, ihre eigene Identität zu finden. Ein erster Schritt ist getan: Die Metropolankonferenz, die im Heft vorgestellt wird, ist auch bei ausserkantonalen Beteiligten auf Anklang gestossen und zeigt eine neu erwachte Lust am grenzüberschreitenden Experiment.

Wir haben unseren «Stadtblick» über die Stadtgrenzen hinaus-schweifen lassen, um von andern zu lernen und neue Formen der Zusammenarbeit zu dokumentieren: Alain Thierstein berichtet von den Metropolregionen in Deutschland, wir lassen den Stadtpräsidenten von Luzern zu Worte kommen und laden Sie ein, entlang den fast unsichtbaren Grenzen zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden zu wandern. Und da sich nicht alles mit Worten beschreiben lässt, ergänzt eine Bild-reportage das Thema «Grenzen sind überall und nirgends» visuell. Lassen Sie sich überraschen.



Brigit Wehrli-Schindler
Direktorin Stadtentwicklung Zürich

Allianzen schaffen

Politik und Vernetzung über die Grenzen hinaus

«Allianzen schaffen» heisst ein Legislatorschwerpunkt des Stadtrats. Der Stadtrat möchte seine Aussenpolitik intensivieren und legt besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden sowie mit andern Städten im In- oder Ausland. Stadtentwicklung Zürich ist mit der Projektleitung dieses Schwerpunkts unter der politischen Federführung des Stadtpräsidenten betraut.

Metropolregionen und insbesondere deren Kernstädte prägen heute weltweit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die urbanen Räume sind die Keimzellen von Innovationen und damit verbundener Wertschöpfung. Die Globalisierung der Wirtschaft setzt die Metropolitanräume über die Landesgrenzen hinweg einem direkten Standortwettbewerb aus. Wer darin bestehen will, muss sich international vernetzen, sich an guten Lösungen von Konkurrenz-

standorten messen und so die eigenen Qualitäten ständig weiterentwickeln. Dieses Bewusstsein fehlt heute in der Schweiz aber noch allzu häufig. Zum einen verfügen die grossen Städte in der Schweiz – entgegen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung – politisch über einen eher geringen Einfluss. Zum andern sind sie auf der internationalen politischen Bühne bis anhin eher schwach vertreten. Durch das Abseitsstehen der Schweiz von der EU sind sie

kaum in die europäischen Städtenetze eingebunden und können deshalb auch nicht von den breit angelegten EU-Fördermassnahmen profitieren. Diese Situation will der Zürcher Stadtrat nun verbessern.

Regionale, nationale und internationale Ausrichtung

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts sollen Allianzen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene gebildet oder



Die alte Stadtmauer dient heute als Kulisse für innerstädtischen Barbetrieb im Flussbad Schanzengraben.

intensiviert werden, um folgende Ziele zu erreichen:

- Regionale Ebene: Die gemeinsamen Interessen der vielen Player im Metropolitanraum Zürich sollen geklärt und neue Strukturen der Zusammenarbeit mit effizienteren Entscheidungswegen entwickelt werden.
- Nationale Ebene: Die politischen Anliegen der grossen Kernstädte sollen in der Bundespolitik erfolgreicher umgesetzt werden.
- Internationale Ebene: Zürichs internationale Position soll durch den Beitritt und durch aktive Mitwirkung in den wichtigsten europäischen und weltweiten Städtenetzwerken sowie durch internationale Partnerschaften verstärkt werden.

Erste Projekte

Auf regionaler Ebene hat die Stadt im Verbund mit weiteren Partnern (Kanton Zürich, Winterthur, Gemeindepräsidentenverband) mit der Einberufung einer ersten Metropolankonferenz eine erste Initiative ergriffen, um mit den 220 Gemeinden und 7 Kantonen des Metropolitan- bzw. Wirtschaftsraums Zürich eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen, in der die Interessen der Gesamtregion eingebunden und nach aussen wirksamer vertreten werden können.

Auf nationaler Ebene hat Stadtpräsident Elmar Ledergerber den Vorschlag für eine «Konferenz der Kernstädte» eingebracht, um innerhalb des Schweizerischen Städteverbands die Interessen der grössten Schweizer Städte zu bündeln und ihre Anliegen sowohl im nationalen Parlament wie im Bundesrat besser vertreten zu können.

Die Stadt Zürich beteiligt sich auch aktiv an Initiativen zur Zusammenarbeit der Städte in besonderen Themenfeldern. Zu nennen sind dabei die «Städteinitiative» im sozialen Bereich oder die 2007 ins Leben gerufene «Städteposition Schweiz», an der sich elf Städte beteiligen und die den Einfluss der Städte auf die Raumentwicklungspolitik und im Speziellen auf das neue Raumentwicklungskonzept des Bundes verstärken will.

Auf der internationalen Ebene ist die Stadt Zürich im laufenden Jahr zwei internationalen Netzwerken beigetreten.

Beim europäischen Städtenetzwerk «Eurocities» wurde Zürich (wie übrigens auch Genf) als assoziiertes Mitglied aufgenommen und kann dadurch den europaweiten Erfahrungsaustausch in den verschiedenen Arbeitsgruppen pflegen. Ferner ist Zürich seit diesem Jahr Mitglied in der 2004 gegründeten «Union of Cities and Local Governments».

Nachhaltigkeit als gemeinsame Strategie

Die globale Nachhaltigkeit ist ein wichtiges verbindendes Kriterium der Städtebeziehungen und dient der Profilierung der Stadt Zürich als einer – wie vom Stadtrat in den Strategien 2025 formuliert – nachhaltig ausgerichteten Metropole. Für einen Know-how-Austausch über das Spannungsfeld zwischen den Anforderungen an einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort und dem Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung führte Stadtentwicklung Zürich im Mai dieses Jahres eine internationale Tagung («Competitive Locations – Liveable Cities») durch, an der Städtevertreter aus Barcelona, Riga und Oslo teilnahmen. An der Tagung wurden Erfahrungen darüber ausgetauscht, wie eine Stadt erfolgreicher Wirtschaftsstandort und gleichzeitig der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität der Bevölkerung verpflichtet sein kann. Für hochentwickelte, wohlhabende Städte wie Barcelona oder Zürich scheint dies deutlich einfacher zu sein als für Städte wie Riga oder Kunming, die Zürcher Partnerstadt in China, die in erster Linie um den wirtschaftlichen Erfolg kämpfen müssen (vgl. Artikel S. 20 und 21).

Mit punktueller Zusammenarbeit oder Partnerschaft mit weniger weit entwickelten Städten will Zürich auch einen Beitrag zur internationalen Solidarität leisten. «Allianzen über die Grenzen» sollen nicht nur dem eigenen Vorteil dienen, sondern auch für die Allianzpartner oder für Dritte von Nutzen sein.

Brigit Wehrli-Schindler
Direktorin Stadtentwicklung Zürich

Standpunkt



Kooperation statt Kantönligeist

Zürich boomt, die Wirtschaft läuft wie geschmiert. Davon profitiert die ganze Schweiz. Jeder dritte Franken, der in den nationalen Ressourcenausgleich fliesst, kommt aus Zürich. Dank der Universität und der ETH ist Zürich zudem der zentrale Wissensplatz der Schweiz. Auch diese Rolle ist nicht gratis zu haben. Diese Aufgaben und alle anderen zentralörtlichen Angebote sind nicht nur eine Last; Zürich zieht daraus auch Vorteile. Persönlich mag ich darum nicht klagen, sondern freue mich, wenn Zürich Erfolg hat und im internationalen Standortwettbewerb bestehen kann.

Die Schweiz ist sprachlich, kulturell und geografisch ein heterogenes Land. Die Überwindung der konfessionellen und sprachlichen Gräben verhalf der Schweiz zu Wohlstand und zu beispielloser Stabilität. Die nationale Kohäsion schwindet jedoch. Es öffnet sich eine neue Kluft, der Stadt-Land-Graben. Die Siedlungsentwicklung fokussiert sich um die historischen Gemarkungen. Ohne Kooperation über die Kantongrenzen hinaus wird Zürich – und damit die ganze Schweiz – im internationalen Standortwettbewerb zurückgeworfen werden.

Die helvetische Politlandschaft marginalisiert die Städte und ihre Anliegen. Wenn die acht kleinsten Kantone bei gleicher Bevölkerungszahl wie die Stadt Zürich doppelt so viele Stände- und Nationalräte nach Bern schicken, stimmt die Machtbalance nicht mehr. Darum brauchen die grossen Städte ein Referendumsrecht. Solidarität ist keine Einbahnstrasse.

Elmar Ledergerber, Stadtpräsident

Grenzen unter Druck

Probleme und Lösungsmöglichkeiten

Das Städtewachstum führt dazu, dass die politischen Strukturen immer weniger den wirtschaftlichen entsprechen. In Zürich hat man die daraus resultierenden Probleme früher durch Eingemeindung gelöst. Heute braucht es andere Modelle, um Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität von Stadt, Agglomeration und Metropolregion sicherzustellen.

Während Jahrtausenden fanden für den überwiegenden Teil der Bevölkerung Wohnen, Arbeiten und Freizeit in einem räumlich engen, durch die Fussgängerdistanz beschränkten Gebiet statt. Dies war immer noch der Fall, als im 19. Jahrhundert die Landflucht einsetzte. Wer in einem Industriebetrieb arbeiten wollte, war gezwungen, in die Standortgemeinde umzuziehen. Pendeln kam selten infrage. Das rasante Bevölkerungswachstum der Städte war mit einer räumlichen Ausdehnung des Siedlungsgebiets über die jeweiligen Gemeindegrenzen hinaus verbunden. In vielen Städten erfolgte im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Anpassung der politischen Strukturen an die wirtschaftlich-räumlichen Verhältnisse durch Eingemeindung. Zürich wurde auf diese Weise innert weniger Jahrzehnte von einer mittelgrossen zur grössten Stadt der Schweiz. Angrenzende Gemeinden wurden zu Quartieren.

Städte wachsen ins Umland

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte der rasch steigende Wohlstand zusammen mit dem Ausbau des Verkehrs die «Flucht» aus der Kernstadt in eine Vorortsgemeinde. So konnte man sich der hohen Wohndichte mit der entsprechend schlechten Lebensqualität entziehen und im Grünen den Traum des Wohnens im eigenen Häuschen verwirklichen. Der Arbeitsplatz blieb zunächst meist im Zentrum. Im Zuge dieser Suburbanisierung – auch Stadtfucht genannt – entstanden Agglomerationen. Wohnen, Arbeiten und Freizeit begannen sich räumlich zu

entmischen. Zugleich kam es zu einer Segregation: Im Agglomerationsgürtel wohnten vor allem jüngere Familien. In der Kernstadt dominierte immer mehr die A-Bevölkerung mit einem hohen Anteil von Alten, Armen, Ausländern, Alleinstehenden, Auszubildenden, Arbeitslosen usw., also Gruppen, die hohe Ansprüche an den Staat stellen und über ihre Steuern nur wenig zur Finanzierung der öffentlichen Dienste beitragen.

In der jüngeren Vergangenheit ging die Suburbanisierung in die Periurbanisierung über. Man versteht darunter das metastasenähnliche Hineinwuchern der Städte in den ländlichen Raum. Als Folge der Zersiedelung verwischen sich die Grenzen zwischen Stadt und Land. Gleichzeitig beginnen die Agglomerationen zusammenzuwachsen. So entstehen auch in der Schweiz Metropolregionen mit einer Million und mehr Einwohnern.

Fehlende fiskalische Äquivalenz

Sub- und Periurbanisierung bewirken, dass sich für einen immer grösseren Teil der Bevölkerung Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit auf mehrere, zum Teil weit verstreute Gebietskörperschaften aufteilen. Politische Rechte und Steuerpflichten hat man aber nur in der Wohngemeinde. Bei der Versorgung mit privaten Gütern ergeben sich daraus keine Probleme; Leistung (Güter) und Gegenleistung (Bezahlung) entsprechen sich. Bei den öffentlichen Gütern hingegen fehlt das individuelle Entgelt, die Finanzierung erfolgt über Steuern und

Abgaben. Es entstehen externe Nutzen und Kosten. Erfolgt die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen durch Angehörige anderer Gemeinwesen, bezeichnet man die externen Effekte als Spillovers.

Bei Spillovers decken sich die räumlichen Kreise der Nutzniesser, Kostenträger und Entscheidungsträger nicht. Im Fachjargon: Es herrscht keine fiskalische Äquivalenz. Daraus ergeben sich zwei Probleme:

- Ungerechtigkeit: Die Angehörigen der Gebietskörperschaften, die öffentliche Leistungen erbringen und finanzieren, fühlen sich «ausgebeutet», wenn Dritte diese ebenfalls nutzen können, ohne dafür zahlen zu müssen.
- Suboptimale Versorgung mit öffentlichen Leistungen: Die anbietenden Gebietskörperschaften legen Quantität und Qualität des Angebots aufgrund der eigenen Bedürfnisse fest. Sie dimensionieren öffentliche Leistungen mit externen Nutzen restriktiver, als aus übergeordneter Sicht erforderlich wäre. Die Bevölkerung der Nachbargemeinden und -kantone hat keine Möglichkeit, ihre Präferenzen zu äussern und für ein regionales Optimum zu sorgen.

Beide Seiten leiden unter dieser Situation. Hauptbetroffen sind jedoch vor allem die Kernstädte. Die von ihnen erbrachten zentralörtlichen Leistungen – vor allem Bildung, Gesundheit und Kultur – haben zu einem guten Teil den Charakter von öffentlichen Gütern. Die Agglomerationsgemeinden bieten zwar ebenfalls öffentliche Güter für Dritte an – vor



Die bisherigen Grenzen verlieren im Alltag zunehmend an Bedeutung.

allem allgemein zugängliche Naherholungsgebiete und Freizeiteinrichtungen –, die durch sie zu tragenden Kosten stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den Kosten der nicht abgegoltenen Zentrumsaufgaben der Kernstadt.

Standortvorteile in Gefahr

Die geschilderten Probleme sind weder spezifisch zürcherisch noch spezifisch schweizerisch. Sie dürften jedoch in unserem Land angesichts der ausgesprochen kleinräumigen Föderativstruktur eher stärker ins Gewicht fallen als anderswo. Daraus entsteht ein Handicap im internationalen Standortwettbewerb. Zunehmend wichtig werden reibungslos funktionierende öffentliche und private Institutionen, eine gute Infrastruktur und tiefe Steuern. Mängel bei diesen Standortfaktoren werden in der heutigen Welt mit ihren durchlässiger gewordenen nationalen Grenzen durch Abwanderung der mobilen Produktionsfaktoren Kapital und hoch qualifizierte Arbeitskräfte bestraft.

Die Tatsache, dass Zürich in internationalen Rankings als Wirtschafts- und Wohnstandort in letzter Zeit regelmässig sehr gut abschneidet, zeigt, dass diese Stadt erfolgreich Massnahmen zur Bewältigung der Spillover-Problematik ergriffen hat. Ob langfristig in ausreichen-

dem Ausmass, ist eine offene Frage. Wenn man sieht, wie Konkurrenzmetropolen (z.B. München, Hamburg, Mailand, Wien, London) «aufrüsten», um im globalen Standortwettbewerb vorne mithalten zu können, spricht vieles dafür, der fiskalischen Äquivalenz Beachtung zu schenken.

Breite Palette an Lösungsmöglichkeiten

Um die Kreise der Nutzniesser, Kostenträger und Entscheidungsträger räumlich wieder besser zur Deckung zu bringen, d.h. die Spillovers zu internalisieren, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ein erster Ansatz besteht darin, durch stadtplanerische und wohnungsmarktlche Massnahmen die Zentrumsgemeinde als Wohnort für reichere Schichten (noch) attraktiver zu gestalten. Auf diese Weise werden sowohl die Probleme der A-Stadt als auch der Spillovers verringert. Die Stadt Zürich konnte mit ihrer Reurbanisierungsstrategie (z.B. 10 000 neue Wohnungen) in den letzten Jahren an dieser Front beträchtliche Erfolge verzeichnen.

Eine zweite Möglichkeit besteht in der Aufgabenneuerverteilung. Im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) ist ein solcher Schritt im Verhältnis des Bundes zu den Kantonen gemacht worden. Zwi-

schen dem Kanton und den Gemeinden entspricht die Kantonalisierung des Zürcher Opernhauses dieser Lösung. Bei der Verlagerung von öffentlichen Aufgaben nach oben ist darauf zu achten, dass es nicht zu einer Überzentralisierung kommt und bloss Finanzierungslasten abgeschoben werden. Wenn der räumliche Kreis der Kosten- und Entscheidungsträger grösser als jener der Nutzniesser ist, wird die fiskalische Äquivalenz ebenso verfehlt wie im umgekehrten Fall. Dann besteht die Gefahr, dass Vorhaben, die für die Kernstadt wichtig sind, verhindert werden. Ein Beispiel liefert die (im ersten Anlauf) abgelehnte Tramverlängerung in Bern. Auch die Stadt Zürich sieht sich immer wieder von Agglomerationsgemeinden und dem ländlichen Kantonsgebiet überstimmt.

Zusammenarbeit und Zweckverbände

Die häufigste Lösung der Spillover-Problematik besteht in der grenzüberschreitenden Kooperation durch Zweckverbände. Beispiele für diese Form horizontaler Zusammenarbeit sind Verkehrsverbände, Ver- und Entsorgungsanlagen sowie gemeinsam betriebene Spitäler, Spezial- und Hochschulen. Der Vorteil dieses Kooperationsmodells besteht darin, dass Zweckverbände jeweils lediglich



eine einzelne Aufgabe betreffen und leicht dem räumlichen Nutzenperimeter angepasst werden können. Auch lassen sich Grössenvorteile nutzen. Nachteilig sind die hohen Verhandlungskosten sowie die weitgehend fehlende demokratische Steuerung.

Die Tripartite Agglomerationskonferenz Bund-Kantone-Gemeinden propagiert Agglomerationskonferenzen. Sie sollen die Zusammenarbeit der Gemeinden erleichtern sowie durch Direktwahl der Vertreter und Referendum demokratische Legitimation schaffen. Dem Vorteil der relativ starren Organisationsform bei flexibler Bearbeitung der einzelnen Themen stehen aber auch Nachteile gegenüber: Die verschiedenen öffentlichen Aufgaben haben jeweils unterschiedliche Nutzenperimeter, was bei starren Grenzen Schwierigkeiten schafft. Zudem besteht eine finanzielle Abhängigkeit vom Kanton und den Gemeinden. Diese Nachteile sollen die Functional Overlapping Competing Jurisdictions (FOCJ), die an der Universität Zürich von Bruno S. Frey und Reiner Eichenberger entwickelt worden sind, überwinden. Im Sinne der variablen Geometrie richten sie sich nach dem räumlichen Wirkungs- oder Einzugsbereich von einzelnen öffentlichen Aufgaben (Verkehr, Versorgung, Entsorgung, Schulen, Spitäler, Kultureinrichtungen usw.). FOCJ brauchen räumlich nicht zusammenzuhängen und dürfen sich – wie ihr Name es sagt – auch überlappen. Dadurch können die einzelnen Gemeinden unter sich konkurrenzierenden Produzenten öffentlicher Leistungen auswählen. Im Unterschied zu Zweckverbänden sind FOCJ demokratisch ausgestaltet und verfügen über eigene Besteuerungskompetenzen. Flexible Funktionalregionen sind für die Schweiz nichts Neues. Sie entsprechen beispielsweise den Thurgauer Schulgemeinden, den Schwyzer Bezirken oder den Kirchgemeinden. Im Rahmen der Zürcher

Verfassungsrevision ist die FOCJ-Idee geprüft, jedoch abgelehnt worden.

Bildung grösserer Einheiten

Vorstufen zu regionalen Gebietskörperschaften sind Gebilde wie der Zürcher Verkehrsverbund, der Espace Mittelland, die Regio Basiliensis oder der Eurodistrict Basel. Um blosser Vorstufen handelt es sich insofern, als sie nicht als Staatswesen ausgebildet sind, das heisst, keine hoheitliche Funktion und keine eigene Besteuerungskompetenz haben. Man scheut sich vorläufig davor, im schweizerischen Föderativstaat eine zusätzliche Ebene einzuschieben.

In neuester Zeit mehren sich die Vorschläge, die Agglomerationsproblematik durch Gemeindefusionen zu lösen. Aktuelle Beispiele sind Rapperswil-Jona, Lugano und Luzern-Littau. Der Vorteil dieser Lösung besteht in der Vertrautheit der Bürger und Politiker mit der Institution «Gemeinde». Der Nachteil ist, dass die Grenzen fusionierter Gemeinden meist nicht für alle öffentlichen Aufgaben gleichermassen zweckmässig sind. Zudem treten Kostenersparnisse durch Schaffung grösserer staatlicher Einheiten vielfach nicht im erwarteten Ausmass ein.

Immer häufiger werden auch Kantonsfusionen diskutiert. Politisch hatten sie bis anhin allerdings keine Chance (negative Volksabstimmungen BS-BL, GE-VD), im Gegensatz zur Kantonsaufspaltung (Jura) und zum Kantonsübertritt (Laufental).

Kooperationsverträge

Eine völlig andere Lösung stellt der horizontale Lastenausgleich dar. Der NFA schafft die rechtlichen Grundlagen für dieses Instrument der Spillover-Abgeltung. Es braucht bloss noch von den Kantonen (und Gemeinden) angewandt zu werden. Damit partnerschaftliche Lösungen zwischen gleichberechtigten Gebietskörperschaften zustande kommen, müssen von den Leistungsanbieter

über das Angebot von öffentlichen Leistungen hinaus Mitbestimmungsrechte sowie weitere Gegenleistungen zugestanden werden (vor allem Kostentransparenz sowie gleiche Rechte und Pflichten). Da zu befürchten ist, dass die ausserkommunalen Nutzniesser es vorziehen, beim attraktiven «Trittbrettfahren» zu bleiben, sieht der NFA vor, dass der Bund unter bestimmten Bedingungen einen Abgeltungszwang ausüben kann. Bei der Übertragung auf die kommunale Ebene müssten die Kantone diese unangenehme Funktion übernehmen. Vorzuziehen sind partnerschaftlich ausgehandelte Kooperations- und Abgeltungsverträge, wie sie in der Region Basel mit ihren vielen, engmaschigen kommunalen, kantonalen und nationalen Grenzen in grosser Zahl und mit Erfolg bestehen.

Struktureller Umbruch wird folgen

Welche Lösung sich durchsetzen wird, ist schwer abzuschätzen. Wir befinden uns zurzeit in einer Suchphase. Viele Zeichen deuten aber darauf hin, dass die institutionellen Strukturen in den Metropolregionen in ein paar Generationen weitgehend anders aussehen werden als heute.

Literaturhinweis

Frey, René L. u. a. (2005): Föderalismus – zukunftstauglich?! Verlag NZZ, Zürich



René L. Frey, em. Professor für Nationalökonomie, Universität Basel CREMA, Basel/Zürich

Etwas tun gegen die Kleinräumigkeit

Interview mit Luzerns Stadtpräsident Urs W. Studer

Luzerns Stadtpräsident ist überzeugt, dass die Fusion zur vereinigten Stadtregion Luzern nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch-strategisch richtig ist. Gerade in konjunkturell guten Zeiten sind strukturelle Änderungen jedoch schwierig zu vermitteln. Letztlich entscheiden deshalb Steuerfüsse über ein Ja oder ein Nein der Bevölkerung an der Urne.

Herr Stadtpräsident Studer, Sie sind der geistige Vater der unlängst von der Bevölkerung befürworteten Fusion Luzern-Littau. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Es braucht eine sachliche Argumentation. Entscheidend war, dass es uns so gelungen ist, fast alle wichtigen Parteien im Stadtparlament – ausser die SVP – für die Idee zu gewinnen. Es darf auch nicht der Eindruck entstehen, jemand sei machtbesessen. So etwas dürfen Sie deshalb nicht als junger Stadtpräsident machen.

Welche Hürden waren am schwersten zu überwinden?

Faktisch besteht ein beträchtliches Haushaltsgefälle zwischen Luzern und Littau. Die Littauer werden in der fusionierten Stadt die steuerlichen Vorteile haben und von der Bedeutung und Potenz der Stadt Luzern profitieren können. Die Stadt Luzern hingegen dünnt mit der Fusion faktisch ihre Steuerkraft aus. Das Ja in Luzern war deshalb auch ein Test für weitere Fusionen.

Ist das steuergünstige Meggen also aus Angst vor einer Abstimmungs-niederlage nicht Teil der Vision Stadtregion Luzern?

Die Abstimmung über eine Fusion ist tatsächlich nur zu gewinnen, wenn Sie den Leuten einen tieferen Steuersatz versprechen können. Eine Studie ergab für eine vereinte Stadtregion auf dem Steuerfussniveau von Meggen jährlich wiederkehrende Steuerausfälle von über 200 Millionen Franken. Dieser Betrag ist nicht zu verkraften. Ausserdem bleibt

Meggen so als Steueroase für Reiche dem Kanton Luzern erhalten.

Was gab für Sie den Anlass zur Fusions-idee?

Ich habe mir einfach gesagt, was sachlich richtig ist, ist auch politisch richtig. Ein Fremder, der am Flughafen Zürich landet und nach Luzern fährt, merkt nicht, wo die Stadt Luzern beginnt. Irgendwo im Bereich von Gisikon, aber sicher in Ebikon hat er doch das Gefühl, jetzt sei er in Luzern. Funktional ist die Stadt durch die Mobilität einfach viel grösser als noch vor zwei Generationen. Wenn das so ist, muss man doch auch

politisch-organisatorisch die Konsequenzen ziehen.

Die Fusion Luzern-Littau ist erst der Anfang hin zu einer Stadtregion mit 150 000 EinwohnerInnen. Welches ist der nächste Schritt?

Als Nächstes müsste man eine Gruppenfusion ins Auge fassen. Die Stimmberechtigten – zum Beispiel jene von Kriens, Emmen, Horw, Ebikon und Adligenswil – würden gleichzeitig über eine Fusion mit Luzern-Littau abstimmen. Gemeinden, in denen der Souverän zustimmt, würden fusionieren, unabhängig von jenen Gemeinden, die ablehnen. Damit liesse





«Wenn die Siedlungsentwicklung so weitergeht, sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen.»

sich verhindern, dass die Stadtverwaltung Luzern für die nächsten ungefähr 25 Jahre mit Fusionsarbeit blockiert wäre.

Von Fusionen erhofft man sich langfristig eine Kostenersparnis. Wie sieht das für Luzern-Littau aus?

Bei der Fusion Luzern-Littau ist eine jährlich wiederkehrende Kostenersparnis von 12 Millionen Franken das Ziel. Das entspricht nur etwa 0,3 Prozent des vereinigten Gesamthaushalts. Damit sollen langfristig die Ertragsausfälle durch die Steuersenkung in Littau kompensiert werden.

Der Spareffekt ist also nicht gerade das schlagende Argument. Welche weiteren Nutzen sehen Sie denn?

Die Wahrnehmung einer Stadt hängt schon auch mit ihrer Grösse zusammen. Wir erhoffen uns mehr Gehör für die Bedürfnisse der Stadt Luzern auf dem nationalen Parkett.

Ein weiterer Nutzen liegt natürlich im Imagegewinn für die umliegenden Gemeinden. Die Marke Luzern gewinnt an Bedeutung, ohne dass mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Zweifellos wird es auch weniger Pseudokonkurrenz im Bereich des kommunalen Marketings geben.

Als Bild der Region erhoffen Sie sich ein Gebiet mit aufgewerteten Zentren und markanten Grünzügen. Warum funktioniert eine koordinierte Siedlungsentwicklung nur mit der Fusion?

Wenn mich einer fragt, weshalb die ganze Idee der Landesplanung eigentlich gescheitert ist, dann ist sie gescheitert an der Überstrukturiertheit dieses Landes. Jede Gemeinde möchte doch Arbeitsplätze und Flächen für steuerlich lukrative Einfamilienhäuser. Bei uns in der Region sägen wir damit qualitativ gesehen an dem Ast, auf dem wir sitzen. Je mehr einheitlich verantwortet wird,

desto eher können landschaftlich wertvolle Flächen grosszügig frei belassen und dafür geeignetere Orte verdichtet werden.

Sind Fusionen da der richtige Weg? Könnten nicht morgen die neuen Grenzen von heute genauso falsch sein?

Das kann ich natürlich nicht garantieren, dass die neuen Grenzen funktional für immer Sinn machen. Es ist aber sachpolitisch eine Fiktion, dass wir irgendein Problem für immer lösen.

Das Abstimmungsergebnis vom 17. Juni 2007 war zumindest in Luzern relativ knapp. Warum?

Viele sehen in konjunkturell günstigen Zeiten nicht ein, dass strukturell-organisatorisch etwas geändert werden soll. Aber das reale Wirtschaftswachstum hier in der Region Luzern ist gemessen an kompetitiven Zentren unterdurchschnittlich. Wir werden mehr wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze hier ansiedeln müssen. Dafür müssen wir vermehrt auch mit den Akteuren im Wirtschaftsraum Zürich zusammenarbeiten. Die Schweiz ist mittlerweile so dicht besiedelt, dass eine Arbeitsteilung Sinn macht.

Luzern verstand sich lange als «Herz der Zentralschweiz». Woher plötzlich diese Orientierung nach Zürich?

Die Zentralschweiz ist eher historischpolitisch ein Ideal. Kantone wie Zug, Schwyz oder selbst Uri richten sich vermehrt gegen Norden aus. Die Kantone Nid- und Obwalden machen zwar mit dem KKL Werbung für ihre Region – ohne sich aber ressourcenmässig daran zu beteiligen – und konkurrenzieren gleichzeitig den Standort Luzern mit einer Tiefpreis-Steuerpolitik. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung des Kantons Luzern beschlossen, sich vermehrt in Richtung der Kantone Aargau, Zug und Zürich auszurichten. Das heisst

nicht, dass wir uns von der Zentralschweiz völlig abwenden und entsolidarisieren. Aber als Kanton und auch als Stadtregion müssen wir vermehrt Kosten und Nutzen von Kooperationen hinterfragen.

Die Stadtregion Luzern setzt also auf Wachstum. Welche Rolle sollen dann Regionen wie das Entlebuch übernehmen?

Das Entlebuch entvölkert sich tatsächlich zunehmend. Gleichzeitig etabliert es sich als Biosphärenreservat. Für die urbanen Räume übernimmt das Gebiet damit eine ganz wichtige Erholungsfunktion. Für das sogenannte Hinterland – vor dem Napf und hinter dem Napf und neben dem Napf – muss man gut analysieren, wie möglichst gute öffentliche Dienstleistungen angeboten werden können, ohne dass mit bauplanerischen Turnübungen die letzten landschaftlich schönen Lagen auch noch verbaut werden müssen. Wir werden über den horizontalen Finanzausgleich auch weiterhin solidarisch sein mit diesen ländlichen Gebieten.

Interview: Karin Schulte
Stv. Leiterin, Bereich Stadtentwicklung

Metropolregionen in Deutschland im Überblick

Langfristiger Nutzen der Institutionalisierung erhofft

Der Handlungsmaßstab «Metropolregion» gewinnt in Wissenschaft, Planung und Politik an Bedeutung. Metropolregionen zeigen sich in vielen Farben und mit unterschiedlichen Gesichtern.

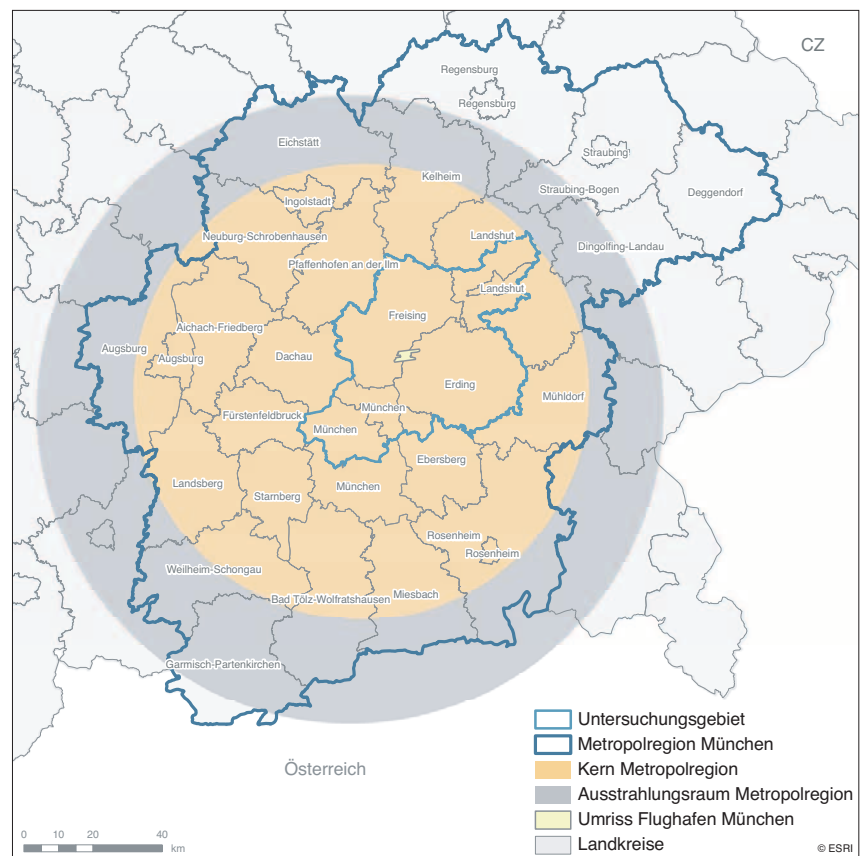
Die aktive Positionierung auf dem internationalen Parkett der leistungsstarken Räume war und ist in Deutschland ein bedeutender Motivationsgrund für die Etablierung von Metropolregionen. Insbesondere Regionen mit wesentlichen Anteilen an produktionsorientierten Wirtschaftsstrukturen, beispielsweise Nürnberg, Stuttgart und Rhein-Neckar, optimierten aus dieser «Schwäche» heraus ihre Aufstellung als Region nach aussen. Wichtig sind zudem der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungen und zur Hightech-Produktion, aber auch die Zersiedelung und der zunehmende Verkehr. Die aufgrund des demografischen Wandels knappen öffentlichen Haushalte, die nicht mehr das gewohnte Mass der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstellen können, sind ebenfalls Auslöser für die Bildung von Metropolregionen.

Nationalstaatliche Politik

Metropolregionen werden von der deutschen Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) bereits 1995 als «Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung» angesehen. Der Begriff umfasst verschiedene Raumtypen: Kernstädte mit ihren «traditionellen» Stadt-Umland-Bereichen, urbane Kulturlandschaften sowie Freiräume. 1995 anerkannte die MKRO sieben deutsche Metropolregionen. Bis 2005 sind weitere vier Metropolregionen dazugekommen. Dabei handelt es sich um Räume wie Nürnberg oder Hannover–Braunschweig–Göttingen, die

wegen ihrer eher geringen kritischen Masse kontrovers diskutiert werden. Die MKRO erzeugte bei den zunächst nicht vorgesehenen Regionen die Angst, am Ende vielleicht nicht dabei zu sein. Allein dieser Umstand setzte im Falle von Nürnberg und Rhein-Neckar einen intensiven Diskussionsprozess in Gang. Nicht von der Hand zu weisen ist

die Vermutung, dass bei den «Nachzülern» auch Rent-Seeking-Verhalten massgebend ist. Viele mutmassen nämlich, dass sowohl in Deutschland als auch in der EU mittelfristig die knappen öffentlichen Mittel stärker in Metropolregionen geleitet werden. Wer daher nicht zu diesem räumlichen Perimeter gehört, tut gut daran, möglichst rasch dort



Metropolregion München und ihre räumliche Definition (Quelle: Initiative Europäische Metropolregion München, EMM-Newsletter vom 8. Mai 2007; Darstellung des Autors).



Blick in die Glattalstadt. Nicht nur ein internationaler Flughafen, sondern auch lokale Lebensqualität positionieren Metropolregionen.

unterzukommen, um in Zukunft etwas vom möglichen Geldsegen zu erhalten.

Themen und Projekte

Neben «harten» Themen, wie Wirtschaftsförderung oder Infrastruktur, stehen stets auch «weiche» Themen auf der Agenda, wie zum Beispiel Landschaft oder Kultur. Der Vorteil liegt hier darin, die Positionierung der Metropolregion im internationalen Standortwettbewerb mit Fragen lokaler Lebensqualität zu verbinden. Dadurch kann der lokale und regionale Nutzen der Kooperation besonders anschaulich und verständlich werden.

Räumliche Abgrenzung

Weder in Wissenschaft noch Politik existieren derzeit anerkannte beziehungsweise einheitliche Abgrenzungskriterien für Metropolregionen. Die Entstehung der meisten deutschen Metropolregionen richtet sich pragmatisch an bestehenden Strukturen aus. Der räumliche Perimeter ergibt sich in der Regel nicht durch raumwissenschaftliche Analysen, sondern orientiert sich territorial an heutigen Landkreisgrenzen. Die dadurch zusammengefassten verschiedenen Raumtypen sind ein politisch-taktisches Ergebnis. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Logik der Metropolregionen bleibt aufgrund einer mangelnden Kenntnis der funktionalen Verflechtungen teilweise im Dunkeln. München entschied sich für ein Zweikreismodell mit einem Kernraum mit den grösseren funktionalen Räumen München, Augsburg,

Ingolstadt, Rosenheim sowie einem Ausstrahlungsraum (Abbildung auf S. 11). Eine Abgrenzung, die sich alleine aus politisch-taktischen Überlegungen ergibt, macht eine effektive Steuerung der Raumentwicklung schwierig. Die Abgrenzung sollte sich nicht nur aus politischen Motiven, sondern auch aus funktionalen Überlegungen sowie aus gemeinsamen Problemlagen begründen lassen. Die dunklere Konturlinie in der Abbildung zeigt die funktional-räumliche Ausdehnung, wie sie in einer Untersuchung zu Unternehmensverflechtungen der Wissensökonomie verwendet wird ¹.

Organisations- und Kooperationsmodelle

Die meisten Kooperationsmodelle bestehen aus einer strategischen und einer operativen Ebene. In allen Metropolregionen spielen AkteurInnen aus der Politik eine wesentliche Rolle auf der strategischen Ebene. Stuttgart verfügt über ein formalisiertes Modell mit einem grossen Personalstamm, während andere Metropolregionen mit schlankeren Strukturen auskommen. AkteurInnen aus der Wirtschaft sind, unterschiedlich intensiv, vor allem über die operative Ebene und als Drittmittelgeber eingebunden.

Die Genese

Im Kontext des Bedeutungsgewinns der Metropolregionen in Wissenschaft und Politik haben einzelne Regionen selbst ihre bisherige regionale Zusammenarbeit in ein neues Licht gerückt. In den

Metropolregionen bestanden schon vor der MKRO-Diskussion grenzüberschreitende Kooperationen der Länder (Rhein-Neckar, Hamburg) oder eine Zusammenarbeit bei Planungsfragen über Stadt- und Landkreisgrenzen hinweg (Stuttgart, Nürnberg). Die Geschichte dieser Kooperationen reicht bis zu 50 Jahre zurück und spielt heute noch eine wichtige Rolle. Gibt es eine länger wählende Tradition der Kooperation, können die Strukturen einer Metropolregion effektiv daraus weiterentwickelt werden.

Die Bewusstseinsbildung

Metropolregionen sind schwierig zu begreifen. Einmal erschwert die räumliche Struktur dieser Räume ihre Wahrnehmung. Die Grösse sowie die unterschiedlichen Raumtypen innerhalb von Metropolregionen sind ungewohnt. Zudem besteht eine unterschiedliche Interpretation und Lesart von Metropolregionen – je nach Betrachtung wird eine funktionale, siedlungsstrukturelle oder administrativ-politische Logik in den Vordergrund gerückt. Daher kommt auf dem räumlichen Massstab der Metropolregion der Bewusstseinsbildung «nach innen» und «nach aussen» eine besondere Bedeutung zu.

Nutzen der Zusammenarbeit

Metropolregionen sind in der deutschen Raumordnungspolitik anerkannte räumliche Steuerungsebenen. Aufgrund der involvierten Tätigkeiten der öffentlichen Hand ist die Frage zu stellen, ob die Institutionalisierung der Metropolregionen in Deutschland einen Nutzen stiftet. Eine eigentliche Evaluierung der Wirkung hat jedoch noch nicht stattgefunden. Die Debatte ist noch zu jung, um tatsächliche Wirkung zu erkennen. Die Vermutung wird jedoch vielerorts geteilt, dass die Stakeholder in der Metropolregion langfristig von dieser Kultur der Zusammenarbeit profitieren können.

¹ Thierstein, A., Goebel, V. und Lüthi, S. (2007): Standortverflechtungen in der Metropolregion München – Über die Konnektivität in der Wissensökonomie. Endbericht. TU München, Lehrstuhl für Raumentwicklung (erscheint demnächst).



Alain Thierstein,
Prof. für Raumentwicklung
an der TU München

Auf nach Zug!

Vor der zweiten Metropolitankonferenz Zürich

Die Bedeutung der Metropolitanregionen wächst. Damit verbunden sind grosse Herausforderungen. Die Metropolitankonferenz Zürich will diese angehen, um den wichtigsten Schweizer Wirtschaftsraum zu stärken. Nach dem vielversprechenden Auftakt in Rapperswil-Jona hängt der weitere Erfolg nun vom konkreten Engagement der Beteiligten ab. Mit fortschreitender Globalisierung werden «Städte» – im Sinne von Metropolitanregionen – immer wichtiger: als Knoten in den weltumspannenden Aktivitäts- und Beziehungsnetzen und als massgebliche Orte gesellschaftlicher Innovation und wirtschaftlicher Produktivität. Die Art der Austauschbeziehungen zwischen den Metropolitanregionen und ihr Wettbewerb um kluge Köpfe und Investitionen bestimmen zunehmend das national-staatliche Wohl. Bei der Stärkung dieser Räume stellen sich drei grosse Herausforderungen:

- Metropolitanregionen – entstanden primär aufgrund funktionaler und nicht politischer Logik – sind meist räumlich-institutionell stark fragmentiert, was eine gebündelte und wirksame Handlungsweise verhindert.
- Metropolitanregionen unterliegen den Regulativen der übergeordneten Staatsebenen und haben – gemessen an ihrer Bedeutung – zu wenig direkte Einflussmöglichkeiten auf deren Entscheide.
- Metropolitanregionen müssen im kompetitiven Umfeld des internationalen Systems immer dezidierter mit ihren Qualitäten und Vorzügen auf sich aufmerksam machen.

Gemeinsames Interesse

Um diese Herausforderungen anzugehen, fand am 22. Mai 2007 die erste Metropolitankonferenz Zürich in Rapperswil-Jona statt. Der Ort hatte Symbolgehalt, denn längst steht «Zürich» für einen Raum, der weit über die Limmatstadt hinausgeht. Versammelt waren etwa 90

kommunale und kantonale VertreterInnen aus dem Metropolitanraum Zürich. Dieser umfasst über 220 Gemeinden in 7 Kantonen.

Einleitend bezeichnete der Zürcher Stadtpräsident die Anwesenden als Schicksals- und Interessengemeinschaft: «Als öffentliche Akteure treffen wir in unseren jeweiligen Teilräumen Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die anderen Gebietskörperschaften und auf den gesamten Metropolitanraum haben. (...) Alle profitieren von dessen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit, alle sind aber auch gemeinsam dafür verantwortlich.» Die fünfstündige Konferenz war als Auftakt angelegt, um zukünftig gemeinsam nach Wegen zur Stärkung des Metropolitanraums Zürich zu suchen.

Breit abgestützt

Die Metropolitankonferenz Zürich ist kein Stadtzürcher Projekt, sondern wird im Rahmen eines Agglomerationsmodellvorhabens vom Kanton Zürich, von den Städten Zürich und Winterthur sowie vom Zürcher Gemeindepräsidentenverband getragen. Anstoss dazu gaben 2006 zwei grosse Workshops in Winterthur, bei denen sich eine interkantonale zusammengesetzte Teilnehmer-schaft klar für eine Zusammenarbeit auf metropolitaner Ebene ausgesprochen hatte. Geplant sind vorerst drei Metropolitankonferenzen, um die Plattform – etwa in Form eines Vereins – organisatorisch zu verankern.

Aufbruchstimmung

In Rapperswil-Jona diskutierten die Teilnehmenden die Chancen und Hindernisse einer verstärkten Zusammenarbeit sowie das Selbstverständnis und die Positionierung des Metropolitanraums Zürich. Als Chance wurde vor allem eine wirksamere Einflussnahme auf der nationalen und internationalen Bühne dank gebündelter Aktivitäten gesehen. Befürchtungen wurden bezüglich der



hemmenden Kraft bestehender Strukturen geäussert. Generell war ein breites Zugehörigkeitsgefühl zu diesem Raum spürbar, und der Wille, diesen zu stärken, war offensichtlich. Die abschliessende Diskussion über konkrete Themen für die zweite Konferenz ergab hingegen kein eindeutiges Resultat.

Anspruchsvolle Fortsetzung

Die zweite Metropolitankonferenz Zürich wird am 6. November 2007 in Zug stattfinden; eine entsprechende Bewerbung war schon in Rapperswil-Jona eingegangen. Der Anspruch ist hoch: Der anfängliche Elan soll in realistische, gemeinsame Aktivitäten überführt werden, die einen konkreten Nutzen für den Lebens- und Wirtschaftsraum versprechen. In Zug wird es deshalb darum gehen, entsprechende Handlungsfelder zu identifizieren sowie jene Akteure zu bestimmen, die diese Aufgaben am wirksamsten bearbeiten können. Eine spannende Ausgangslage.



Günther Arber
Projektleiter,
Stadtentwicklung

Glattpark als Teil der Glattalstadt

Vom Ried zur globalisierten Stadtlandschaft

Der Blick in die Vergangenheit zeigt eine abwechslungsreiche Entwicklung vom unbedeutenden «Niemandsländchen Oberhauserriet» in der Gemeinde Opfikon bis hin zum «Lebensraum Glattpark», einem künftig zentralen Stadtteil von Opfikon und der Glattalstadt.

Das als Oberhauserriet bekannt gewordene Entwicklungsgebiet Glattpark liegt im Süden der Stadt Opfikon, inmitten der dynamischen Agglomeration Zürich Nord. Wegen seiner hohen Standortqualität stand das ehemalige Sumpfgebiet schon seit den Siebzigerjahren unter grossem Erschliessungsdruck; so war das als teuerste Wiese Europas titulierte Gebiet immer wieder Zankapfel verschiedenster Interessengruppen.

Trockenlegung des Sumpfgebiets

Um den häufigen Überschwemmungen im ursprünglichen Sumpfgebiet entgegenzuwirken, wurde ab Ende des 19. Jahrhunderts das Ried schrittweise zur Ackerfläche umgewandelt: Verschiedene Glattkorrekturen und Meliorationen führten schliesslich zu seiner Trockenlegung (1946). In dieser nun «ausgeräumten» Landschaft erinnerte ausser den Flurnamen nichts mehr an das Ried. Heute sind auch diese Namenszeugen verschwunden; in der globalisierten Stadtlandschaft heisst das Oberhauserriet nun Glattpark, und anstelle der Schärenmoos- oder Rohwiesenstrasse finden sich nun die Strassenamen aviatischer Pioniere, wie beim Lilienthal-Boulevard oder der Lindbergh-Allee.

«Besenkammer» der Grossstadt

Schon früh stiess das Gebiet Oberhauserriet–Leutschenbach auf grosses Interesse für die Ansiedlung öffentlicher

Anlagen. So war hier vor dem Ersten Weltkrieg ein Zeppelinlandeplatz für Zürich vorgesehen. 1920 wurde die Schiffbarmachung von Hochrhein und Limmat geplant, mit einem Kanal bis zum Greifensee. Im Oberhauserriet sollte eine Hafenanlage für die Oerliker Industrie entstehen.

Das wirksamste Grossprojekt war die während des Zweiten Weltkriegs durchgeführte Glattabsenkung um volle drei Meter und die damit verbundene Melioration. Damit lag vor den Toren der Stadt nun auch Bauland. Obwohl am Rand der wachsenden Grossstadt, weckte das Gebiet vermehrt das Interesse der Stadtzürcher Behörden. Diese begannen seit 1938 Land auf Reserve zu erwerben, um platzintensive öffentliche Bauten sowie solche, die in der Metropole «unwillkommen» waren, zu realisieren.

In der Folge wurden ein Busdepot, die Kehrverbrennungsanlage, die mittlerweile stillgelegte Kläranlage Glatt (1949–2001), das Zivilschutzzentrum (1973), Höchstspannungsleitungen, ein Unterwerk der EKZ und die Sportanlage Au realisiert. Geplant waren auch ein Werkhof für die geplante U-Bahn, eine Deponie, ein neuer Schlachthof, ein Sportstadion und eine Trainingseishalle. Inwieweit die Standortgemeinde Opfikon in diese Entscheidungen einbezogen wurde, ist nicht bekannt. Immerhin hatten die Opfiker Behörden veranlasst, diese «Besenkammer»-Nutzungen der benachbarten Grossstadt räumlich zu konzentrieren; dazu wurde entlang der

Glatt eine grosse Zone für öffentliche Bauten ausgeschieden (1981).

Neue Standortqualität erhöht Entwicklungsdruck

Die Eröffnung des Flughafens (1948), der Flughafenautobahn (1962), der Autobahn Zürich–Winterthur (1974) und der Nordumfahrung (1982) verbesserten die Standortqualität des Gebiets kontinuierlich. Aus einer Grenzlage war nun ein Zentrumsgebiet von kantonaler Bedeutung geworden. Dies hatte der Kanton im kantonalen Richtplan von 1995 entsprechend festgehalten. Auch die Anfang der Neunzigerjahre entstandene Idee einer Glattalbahn würde die Standortgunst des Gebiets weiter verbessern.

Die Bau- und Zonenordnung der Stadt Opfikon 1987 sah neben der Zone für öffentliche Bauten auch eine solche für intensive Arbeitsplatznutzung vor. Hier



Blick von der ehemals «teuersten Wiese Europas» auf das Fernsehstudio.



Strandleben im neuen Stadtteil Glattpark.

liess das Potenzial von über 30 000 Arbeitsplätzen schwer lösbare Erschliessungs- und Umweltprobleme befürchten. Eine 1988 eingereichte Auszonungsinitiative war Anlass, die Planung im Oberhauserriet zu überprüfen.

Der Weg zum modernen Stadtquartier Glattpark

Die Gesamtplanung Oberhauserriet erfolgte im Spannungsfeld zwischen ansteigender Umweltbelastung, drohender Auszonung, Realisierungsinteressen der GrundeigentümerInnen sowie dem Stadtrat Opfikon, der für eine nachhaltige Entwicklung eintrat. Eine breit abgestützte Gesamtplanung mit Sonderbauvorschriften und Quartierplan ermöglichte es, die verschiedenen Ansprüche unter einen Hut zu bringen.

Im neu entstehenden Stadtquartier Glattpark soll anstelle einer «Bürostadt» ein gemischtes Quartier mit Wohnungen, Arbeitsplätzen, Quartiersversorgung sowie einem grossen, attraktiven Park mit See entstehen. Die Erschliessung für Arbeitspendler erfolgt dabei mehrheitlich mit dem öffentlichen Verkehr (Stadtbahn Glattal). Die Parkplatzzahl wird stark eingeschränkt.

Grenzerfahrungen unterschiedlicher Partner

In der Vergangenheit war das Verhältnis zwischen dem «grossen» Zürich und seinen kleinen Nachbarn nicht immer unbelastet. Auch in Opfikon waren gegenüber den oft arrogant anmutenden städtischen Behörden Ressentiments spür-

bar («man wurde nach Zürich zitiert»). Der grosse extratoriale Landbesitz der Stadt Zürich verstärkte dieses Misstrauen. Auch im Jahrzehnte dauernden Quartierplanverfahren war die Stadt Zürich – mit über 50% Landbesitz – ein gewichtiger und nicht immer bequemer Partner.

Die Kerngemeinden des mittleren Glatttals – unter ihnen auch Opfikon – suchten unabhängig vom grossen Nachbarn immer mehr nach einer eigenen Identität. Daraus entwickelte sich auch eines seiner verbindenden Elemente: die Glattalbahn. Ihre geistigen Väter hatten darin vor allem die engere Verbindung von Dübendorf, Wallisellen, Opfikon und Kloten gesehen. Dabei wollte man mit den städtischen VBZ so wenig wie nötig zu tun haben. Die Gründung der Verkehrsbetriebe Glattal (VBG) zeugt vielleicht auch etwas vom Willen nach Abgrenzung und eigener Identität des Glatttals gegenüber dem grossen Zürich. Ein älterer Wunsch, die Tangentiallinie der Glattalbahn dereinst in eigener Farbe (nicht im VBZ-Blau) zwischen Dübendorf und Flughafen verkehren zu lassen, bleibt wahrscheinlich ein unerfüllter Wunsch der GlattalerInnen. Heute verstehen sich die Gemeinden ennet dem Milchbuck zunehmend als Teil der Glattalstadt, und zu dieser gehören auch die städtischen Quartiere Schwamendingen, Seebach, Oerlikon und Affoltern. Die Behördenkontakte zwischen Opfikon und Zürich sind seit einigen Jahren intensiv, konstruktiv und von gegenseitigem Respekt gezeichnet.

An die Stelle von Konkurrenz ist Kooperation getreten.

Laufende Auflösung der Grenzen

Die Entwicklungsgebiete Glattpark und Leutschenbach wachsen zu einem neuen Stadtgefüge zusammen; die klare Stadtgrenze von einst verschwindet zunehmend. Auch bei den Behörden ist die Einsicht gewachsen, dass die politische Grenze zwischen Zürich und Opfikon vor Ort an Bedeutung verlieren wird, denn die neuen BewohnerInnen und Beschäftigten werden die Angebote entsprechend ihren Bedürfnissen in beiden Gebieten nutzen.

Mit Inbetriebnahme der ersten Etappe der Glattalbahn (Ende 2006), dem fertiggestellten Opfikerpark mit See (2007) sowie der fortschreitenden Überbauung (rund 2000 neue Einwohner bis 2009) zeichnet sich für das Gebiet Glattpark bereits heute eine Erfolgsgeschichte ab. Dabei ist der Park mit See ein wichtiges Element der neuen Identität des Stadtteils Glattpark, von Opfikon und der Glattalstadt geworden. Die Identität der Bevölkerung in diesem ehemaligen Niemandsland muss sich erst aufbauen; noch fehlt es an einer eigenen Bevölkerung. Die Vorzeichen stehen jedoch gut.



Walter Gottschall
dipl. Arch. ETH/SIA/BSP,
lic. phil. I, Raumplaner,
Teilhaber Planpartner AG

Eine gemeinsame Vision: Naturpark Zürich

Sihlwald und Wildpark Langenberg werden zum Naturpark Zürich

Die Stadt Zürich, die Gemeinden des Bezirks Horgen, der Kanton Zürich und Pro Natura verfolgen eine gemeinsame Vision: Aus dem Sihlwald und dem Langenberg soll unter dem Namen «Naturpark Zürich» ein national anerkannter Naturerlebnispark werden. Die Partner wollen den Park in der Stiftung Naturpark Zürich gemeinsam betreiben.

Der Sihlwald war während Jahrhunderten Holzlieferant für die Stadt Zürich. Solange das Holz als hauptsächlich Energie-träger genutzt wurde, war auch die politische Bedeutung des Sihlwalds für die Stadt sehr hoch. Die Funktion des Sihlherrn, des Verantwortlichen der Stadt für den Sihlwald, war entsprechend wichtig. Mit dem Wechsel zur Kohle und später zum Öl verlor der Sihlwald seine Bedeutung als Energielieferant. Bis weit ins 20. Jahrhundert lieferte der Sihlwald aber wertvolles Bauholz, das vor Ort be- und verarbeitet wurde. Die Holzverarbeitung war zwar bereits früh defizitär, die eigentliche Holzerei dagegen rentierte erst ab Anfang der Achtzigerjahre nicht mehr. Mit der Krise der Forstwirtschaft ging damals das Schreckgespenst des Waldsterbens einher. In diese Zeit fiel die Idee des damaligen Stadtforstmeisters Andreas Speich, die forstwirtschaftliche Nutzung im Sihlwald einzustellen und eine Naturlandschaft entstehen zu lassen.

Von der Idee mit Sprengkraft zur Vision mit Bindungskraft

Zu Beginn entfaltete die Idee eines sich selbst überlassenen Waldes grosse Sprengkraft. Nicht nur Forstleute betrachteten es als Sakrileg, den grössten zusammenhängenden Wald des Schweizer Mittellands mit seiner jahrhundertelangen Nutzungsgeschichte sich selbst zu überlassen. Auch bei den Standort- und Anliegergemeinden stiess die Idee auf erbitterten Widerstand. Sie befürchteten vor allem, dass der Bevölkerung mit einem Schutzgebiet der Zutritt zu

ihrem wichtigsten Erholungsgebiet verweigert würde. Daneben wurden aber auch Ängste vor den negativen Auswirkungen der unkontrollierten Natur auf Menschen und Infrastruktur wach. Gut zwanzig Jahre später hat sich die Ablehnung jedoch zu einer positiven Einstellung gewandelt. Möglich wurde dies vor allem durch das Wirken der Standortförderung Zimmerberg-Sihltal, welche die Natur und den Park als Qualitätszeichen für die Region entdeckte und förderte. «Zurich Parc Side» als Bezeichnung und Qualitätssiegel für die

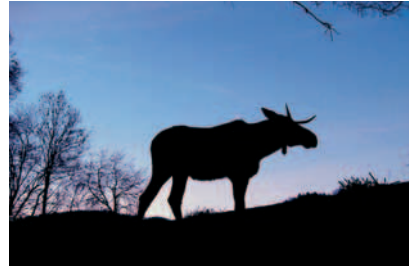
Region hat damit aus Gegnern zunehmend Befürworter gemacht.

Viele Bedürfnisse vereint

Grosse Bindungskraft entwickelte die Idee eines national anerkannten Parks. Als mit der Schaffung der Kategorie des «Naturerlebnisparks» auch die passende Parkkategorie im nationalen Heimatschutzgesetz (NHG) entstand – für die der Sihlwald notabene als Vorbild diente –, war allen Beteiligten klar: Im Sihltal soll der erste Naturerlebnispark der Schweiz entstehen.



Aussicht vom Hochwachturm über den Sihlwald.



Für die Gemeinden des Bezirks Horgen war es auch von Bedeutung, dass der Naturpark Zürich sowohl den Wildpark Langenberg wie auch den Sihlwald umfassen soll, da für die einen der Wildpark, für die anderen der Sihlwald von höherer Bedeutung ist.

Das Label eines nationalen Naturerlebnisparks deckt eine breite Palette von Zielen und Anforderungen ab, welche die verschiedenen Partner einbringen: Das Erholungsgebiet dient der lokalen wie der stadtzürcherischen Bevölkerung, gleichzeitig resultieren für die Anliegergemeinden auch Vorteile im Standortwettbewerb. Für den Kanton stehen die bedeutende Waldreservatsfläche und der grossflächige Entlastungsraum im Vordergrund, während Pro Natura als Partner an der Vorrangzone für die Natur interessiert ist.

Gemeinsame Stiftung

Arbeiteten die bisherigen Beteiligten – vor allem die Stadt Zürich, Pro Natura, einige Gemeinden, der Kanton Zürich und Forschungsinstitutionen – in relativ loser Form zusammen, so ist für die weitere Entwicklung des Projekts eine gemeinsame Organisation erforderlich, welche die Interessen und die Entwicklung des Naturparks Zürich wahrnimmt. Dies ergibt sich schon allein daraus, dass das revidierte NHG für Parkprojekte eine demokratische Legitimation und damit die Unterstützung des Projekts durch die Standortgemeinden fordert. Zusammengefasst ergeben sich folgende Anforderungen:

- Einbinden von Anliegergemeinden und anderen Partnern
 - Einfluss der Stadt auf strategische Entscheide
 - Attraktivität für SpenderInnen und SponsorInnen
 - Schlanke Organisation
 - Langfristige steuerliche Entlastung
- Diesen Anforderungen wird eine privatrechtliche Stiftung am ehesten gerecht,

weshalb diese als Organisationsform gewählt wurde. Die Stiftung wird folgende zentrale Organisationselemente aufweisen: die Stifterversammlung als politisches Element, den Stiftungsrat als leitendes Fachgremium und die geschäftsführende Stelle als operative Kraft. Die neue Stiftung soll aus der bestehenden Stiftung Naturlandschaft Sihlwald überführt werden.

Die Stadt Zürich soll weiterhin den Hauptteil der Finanzierung tragen, auch wenn ihr Beitrag an die Stiftung etwas unter den heute benötigten Mitteln liegt. Die Bewilligung dieser Mittel bedarf einer Volksabstimmung.

Ein erster Vorantrag zur Anerkennung des Labels Naturerlebnispark an den Bund wurde bereits im März 2007 beim Bundesamt für Umwelt eingereicht, um allfällige Differenzen frühzeitig zu erkennen. Die Stellungnahme des Bundes wird spätestens im Herbst erwartet.

Erweiterung als langfristige Vision

Das aktuelle Projekt beschränkt sich auf die Flächen, die sich im Besitz der Stadt Zürich befinden. Längerfristig besteht aber die Vision, diese weiter auszudehnen. Dabei stehen nicht primär weitere Reservatsflächen im Vordergrund, sondern es geht um die Möglichkeit, die gesamte Albisregion, die im Inventar der Landschaften von nationaler Bedeutung aufgeführt ist und vielfältige, wertvolle Naturwerte aufweist, unter der Marke des Naturparks Zürich führen zu können. Darüber hinaus ergäbe sich auch die Chance der Ausdehnung des Projekts auf die Kantone Zug und Schwyz, die bereits ihr Interesse signalisiert haben.

Die Langsamkeit entdecken

Eine Herausforderung bleibt die Kommunikation der eigentlichen Sihlwald-Idee. Der sich selbst überlassene Wald bildet eine Gegenwelt zur Stadt. Er ist eine Anti-Eventzone, ein Ort des Nicht-

Geschehens und eine natürliche Inszenierung der Langsamkeit. Unmittelbar vor den Toren der Stadt bietet er den Menschen die Möglichkeit, ihr Lebens-tempo zu verlangsamen und zu sich zu kommen. Die Langsamkeit soll auch den überregionalen Verkehr der Sihlthalstrasse erfassen; die Abklassierung oder gar Schliessung dieser stark befahrenen Durchgangsstrasse würde dem Gefühl der Entschleunigung erst zum Durchbruch verhelfen und liesse den Landschaftsraum seinen Wert nachhaltig entfalten.

Die Chance, die der zukünftige Naturpark Zürich bietet, muss die Stadtbevölkerung erst noch entdecken. Für die meisten stellt der Schritt aus dem städtischen Alltag in den ungewohnten, ereignislosen Naturwald eine Herausforderung dar. Mit dem Langenberg und dem Naturzentrum Sihlwald stehen ihnen bereits bekannte und einfacher konsumierbare Naturerlebnisse zur Verfügung. Sie sind die Übergangszonen von der Stadt zur Wildnis.



Christian Stauffer
Geschäftsbereichsleiter
Wildnis und Tiere,
Grün Stadt Zürich

Die Schweiz – unsere Heimat

Überlegungen zur Frage der Identität

Jeder Mensch hat unterschiedliche Identitäten und verschiedene Heimaten. Diese gilt es zu respektieren. Die Aufgabe der Schweiz ist es, Heimat sein zu wollen. Und zwar für alle, die hier bei uns wohnen. Das ist unsere Chance, und das ist unsere Zukunft. Wir benötigen viele Schweizerinnen und Schweizer, was auch immer sie sonst noch sind.

Das Nachdenken über Heimat ist meist sehr persönlich. Es führt bei jedem und jeder zu anderen Erkenntnissen. Denn Heimat ist all das, was uns vertraut ist. Heimat ist ein Gefühl, das nur schwer zu beschreiben ist und das sich immer wieder verändern kann. Heimat ist letztlich ein Produkt, das aus vielen einzelnen

Bildern, Erinnerungen, Gerüchen und Geschichten erstellt und gelebt wird. Von einzelnen Menschen und von kleineren oder grösseren Gruppen. Heimat kann geteilt werden.

Zudem ist Heimat etwas, das man mitnehmen kann, überallhin. Und etwas, das man überall finden kann. Und dies,

ohne dass man bereits vorhandene Heimaten aufgeben oder verlieren muss.

Ganz im Gegenteil, denn es sind beliebig viele und auch scheinbar widersprüchliche Kombinationen möglich. So kann jemand mit Stolz von sich behaupten, sie sei sowohl Zürcherin als auch Baslerin und zudem noch Handballerin und



Schaufenster in Zürich: Ausdruck einer vielschichtigen, heterogenen Gesellschaft.

Katholikin und eigentlich sei sie sowieso zuallererst Spanierin.

Diese Gleichsetzung von Heimat und Identität ist nicht immer gerechtfertigt und teilweise sogar falsch. Aber es ist offensichtlich, dass es Zusammenhänge gibt. Denn ebenso wenig, wie es Menschen gibt, die nur einen Ort der Heimat haben, gibt es Menschen, deren Identität nur auf eine «Kultur» beschränkt ist. Wir alle haben verschiedene Bezugspunkte, auf die wir uns je nach Situation berufen und mit denen wir unser Denken und Handeln steuern, mal sehr bewusst, mal weniger.

Die Frage der Zugehörigkeit

Heimat und Identität lassen sich in der Regel weder befehlen noch verbieten. Trotzdem werden im Alltag immer wieder Fragen nach Zugehörigkeit gestellt, die auch Ausschluss implizieren. Sobald sich Menschen als eine gemeinsame Gruppe verstehen (wollen), beginnt die Suche nach einer zweckmässigen Abgrenzung zu den «anderen». Zum Zug kommen dabei sowohl positive als auch negative Kriterien.

Die Erfahrung lehrt uns jedoch, dass es stets Grauzonen und Uneindeutigkeiten gibt. Manchmal ist nicht einmal mehr die Frage, wer denn zur eigenen Familie gehört, klar und längerfristig gültig beantwortbar. Vielfach ist eine klare Abgrenzung auch gar nicht nötig. Und doch wird es getan, und dies allzu oft sehr heftig oder gar gewaltsam. Die vielen ethnischen Konflikte sind dafür trauriger Beweis, und sie zeigen bei einer näheren Betrachtung, dass es meist um Ressourcen geht und dass die dahinterstehenden Ideale von ethnischer oder nationaler Homogenität manipulierte Konstrukte sind.

In einem in der Regel harmloseren Rahmen kennen wir alle derartige Denk- und Handlungsmuster. Wir meinen zu wissen, wer in diesem oder jenem Zusammenhang zu uns gehört und wer nicht. Und manchmal wissen wir zudem, wohin jemand gehört. Also beispielsweise: Du bist keiner von uns, kein Zürcher, sondern ein Luzerner.

Die Gefahr der Reduktion

Dieser abgrenzende Umgang mit Identität bedingt ein Verständnis, dass der andere nicht nur das ist, was wir ihm zuschreiben, sondern einiges mehr. Denn genau so, wie wir nicht nur Zürcher oder Zürcherinnen sind, sondern

zudem eben auch Lehrer und Götti und Oberländer, hat auch jeder Luzerner, Tessiner, Franzose oder Kubaner noch eine Vielzahl anderer Identitäten. Einige davon sind uns vielleicht bekannt, andere (noch) nicht. Die Chance, dass einige dieser Identitäten auch die unseren sind und wir vielleicht Gleiches mit einem Heimatgefühl verbinden, ist sehr gross.

Die Gefahr besteht darin, den anderen auf eine oder auf wenige Identitäten zu reduzieren und ihm dadurch Teile seiner Persönlichkeit wegzunehmen. Das ist, wie wenn jemand uns sagte, als Zürcher hätten wir kein Recht, Fan des FC St. Gallen zu sein, und als junger Städter dürften wir nicht regelmässig wandern oder klassische Musik lieben.

Das mag sich übertrieben anhören. Aber dahinter stehen Realitäten, die in der Integrationsarbeit von Bedeutung sind. So kennen wir türkische Familien, die nicht lernen können, dass ihre Tochter gleichzeitig Türkin und Zürcherin sein kann und dass es keinen Verrat an der türkischen Kultur bedeutet, wenn sie hier mit ihren FreundInnen die Freizeit geniessen möchte. Und wir kennen albanische Jugendliche, die noch so gut schweizerdeutsch sprechen und integriert sein können, für ihre Nachbarn und Chefs sind sie doch immer nur die Albaner, und zwar nichts als Albaner. Und es gibt Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die denken, dass es nicht möglich sei, gleichzeitig Schweizer zu sein und Muslim. Dabei ist das sehr gut möglich – einmal ganz abgesehen davon, dass die Schweiz Religionsfreiheit garantiert, dass die überwiegende Mehrheit der Muslime in der Schweiz nicht sehr gläubig ist und dass die Unterschiede zwischen zwei Muslimen mindestens so gross sein können wie zwischen einem russisch-orthodoxen Christen und einem Angehörigen einer Freikirche.

Die Schweiz und ihre Identität

Staatliche Grenzen sind vielfach künstlich gezogen. Die Bildung einer nationalen Identität innerhalb einer heterogenen Gesellschaft ist eine grosse Herausforderung. Zugehörigkeit und Heimat bilden sich oft mithilfe von Vergangenem. Die Wissenschaft lehrt uns, dass die zweckmässige flexible Verwendung von Geschichte (und Geschichten) dafür wichtiger ist als historische Wahrheit. Und die Gegenwart zeigt uns, dass die an sich nötige laufende Aktualisierung nicht

ausreichend erfolgt ist und wir heute mit Bildern und Mythen leben müssen, die sich sehr weit von unseren Realitäten entfernt haben.

Die Heimat Schweiz ist eine persönliche, und vielleicht ist das auch gut so. Denn die Schweiz ist ja nicht nur das Vorzeigemodell mit den verschiedenen Kulturen, sondern sie nimmt andere Einflüsse auch sehr stark auf. Sie hat eine Bevölkerung, die sich weit überdurchschnittlich für andere und anderes interessiert. Dennoch – oder gerade deshalb – sind in der Schweiz immer wieder Tendenzen feststellbar, die das Eigene vorwiegend in Abgrenzung zum anderen definieren. Wir wissen zwar in etwa, was unter schweizerischen Werten und Traditionen zu verstehen wäre, sind aber nicht in der Lage, damit einer Mehrheit eine tatsächliche Identifikation zu ermöglichen. Kurz: Wir wissen letztlich nicht, was wir Schweizer sind. Aber: Wir sind sicher keine Ausländer.

Angesichts der Tatsache, dass es Ausländer eigentlich gar nicht gibt und dass ihr einziges (!) gemeinsames Merkmal der Nichtbesitz des roten Passes mit weissem Kreuz ist, stellt sich die Frage, inwiefern die Staatsbürgerschaft Identität stiftet und Heimat bildet. Dass sie dazu wichtige Beiträge leistet und einen für viele Menschen wichtigen Zugang bildet, soll nicht bestritten werden. Aus den obigen Ausführungen kann jedoch abgeleitet werden, dass dies weder die einzige noch die letzte Antwort sein kann.

Der Mensch kann sich verschiedene Identitäten schaffen und sich an unterschiedlichen Orten zu Hause fühlen. Das ist unsere grosse Chance. Und unsere Aufgabe ist es, Heimat sein zu wollen, und zwar für alle, die hier bei uns wohnen. Denn unsere Gesellschaft ist dann erfolgreich, wenn alle dazugehören und alle – unabhängig davon, ob sie nun in Aarau, Pristina oder Rio de Janeiro geboren sind – mit Freude und Selbstvertrauen sagen können: Ich bin Schweizer (bzw. Schweizerin). Was auch immer sie sonst noch sind.



Christof Meier
Leiter Integrationsförderung

25 Jahre Städtepartnerschaft Zürich-Kunming

Erfolgreicher Austausch mit der «Stadt des ewigen Frühlings»



Strassenszene in Kunming.

Auch auf der internationalen Ebene pflegt Zürich Beziehungen über die Grenzen hinaus. Die Städtepartnerschaften mit Kunming und San Francisco tragen viel zur Vernetzung Zürichs im chinesischen Raum und an der Pazifikküste bei. Die Partnerschaft mit Kunming kann in diesem Jahr auf eine 25-jährige Geschichte zurückblicken.

Kunming, die Hauptstadt der Provinz Yunnan, liegt im Südwesten Chinas auf rund 1800 Metern Höhe. Sie zählt heute ungefähr 4 Millionen Einwohner. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt in der eigentlichen Kernstadt, die übrigen Einwohner verteilen sich auf neu entstandene Satellitenstädte darum herum. Kunming rechnet bis 2020 mit einer weiteren Verdoppelung seiner Bevölkerung. Eine solche mit der unsrigen in den Sechzigerjahren vergleichbare Entwicklung ist wenig nachhaltig. Die Gefahr ist gross, dass die ökologischen, sozialen und kulturellen Aspekte zugunsten kurzfristiger ökonomischer Interessen vernachlässigt werden.

Wie alles begann

1980 zeigte eine Ausstellung im Kunsthhaus Zürich erstmals im Westen die

Figuren der soeben in Xi'an entdeckten Terracotta-Armee. Die damaligen Kontakte brachten die Zürcher Behörden auf die Idee, mit einer Stadt in China partnerschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Auf Vorschlag der beiden Aussenministerien wurde eine Städtepartnerschaft mit Kunming beschlossen. Der Vertrag wurde im Februar 1982 in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet.

Die ersten Projekte der Städtepartnerschaft waren kultureller Art. 1987 eröffnete Thomas Wagner, der damalige Stadtpräsident, in Kunming eine Ausstellung über die Stadt Zürich. Nach und nach entwickelte sich aus dem Kulturaustausch eine intensive fachtechnische Zusammenarbeit. Beeindruckt von der sehr gut funktionierenden Zürcher Wasserversorgung, war das Interesse in Kunming gross, von Erfahrungen aus Zürich auf diesem Gebiet zu lernen. Die Zürcher Behörden bewilligten in der Folge einen Kredit für die Erarbeitung eines Masterplans «Wasserversorgung und Stadtentwässerung Kunming».

Nachhaltigkeit als oberstes Gebot

Daraus entwickelte sich eine bis heute andauernde fruchtbare Zusammenarbeit, bei der Zürich die Entwicklung Kunmings im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung unterstützt. Die Zusammenarbeit betraf hauptsächlich die Gebiete Verkehr, Stadt- und Quartierplanung, Denkmalschutz und Umweltschutz. So haben Zürcher Fachleute Kunming bei der Erarbeitung eines Verkehrsmanagements beraten, das Bus, Bahn und Velo fördert sowie genügend Flächen für Fussgänger schafft. Die Zürcher Vorschläge für separate Busspuren sowie für eine S-Bahn zur Erschliessung der neuen Satellitenstädte wurden umgesetzt. Die Inbetriebnahme der ersten Buslinie auf einer eigenen Fahrspur fand Beachtung in ganz China.

Auch bei der Stadtentwicklung leistete Zürich Unterstützung, so beim Schutz der wertvollen Bausubstanz in der Altstadt und der städtebaulichen Entwicklung von Subzentren und Satellitenstädten. Beim Umweltschutz ging es neben der ständigen Beratung zur Wasserversorgung in den letzten Jahren auch um die Abwasserreinigung und die Beratung bei der Sanierung des stark verschmutzten Dianchi-Sees. Seit 2007 sind neu auch der Finanz- und Bankbereich sowie die nachhaltige Energienutzung Gegenstand der Zusammenarbeit.

Die Stadt Kunming als Beispiel

Die in Kunming erarbeiteten Lösungen finden weit über die Provinzgrenzen hinaus Beachtung. In Abstimmung mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, welche heute die Sachkosten der fachtechnischen Zusammenarbeit finanziert, wurden in Kunming mehrfach Symposien zu Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung durchgeführt, an denen zahlreiche andere chinesische Städte teilnahmen. Eine solche Veranstaltung fand auch im September 2007 anlässlich der Feier zum 25-Jahre-Jubiläum der Partnerschaft statt.

Ausblick

Im Lauf der 25 Jahre hat sich Kunming zu einer für chinesische Verhältnisse wohlhabenden Stadt entwickelt. Aus den bisher eher einseitigen Beratungsleistungen ist je länger, je mehr ein gegenseitiger Know-how-Austausch geworden. Der Stadt Zürich bringt dieses Engagement mittel- und längerfristig einen beträchtlichen Imagegewinn, und für die Schweizer Wirtschaft hat die langjährige Partnerschaft eine wichtige Türöffner- und Scharnierfunktion.

Brigit Wehrli-Schindler
Direktorin Stadtentwicklung Zürich

Competitive Locations – Liveable Cities

Internationale Konferenz zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung

Anfang Mai trafen sich auf Einladung der Stadt Zürich Vertreter von Städten, Wissenschaft und Wirtschaft, um sich über das Thema «nachhaltige Stadtentwicklung und Standortwettbewerb» auszutauschen. Zum Abschluss der Veranstaltung überreichte die Firma Alcan den Alcan Prize for Sustainability dem Gewinner des Jahres 2006.

«Zürich – die nachhaltig ausgerichtete Metropole.» Dass dies nicht nur die formulierte Vision der Stadt in den «Strategien Zürich 2025» ist, sondern auch Programm, zeigte Zürich mit seiner Gastgeberrolle bei einer internationalen Konferenz zum Themenkreis nachhaltiger Stadtentwicklung. Der anlässlich der Konferenz verliehene Alcan Prize for Sustainability des kanadischen Material- und Aluminiumkonzerns Alcan ist mit einer Million US-Dollar dotiert und der weltweit grösste Preis im Bereich Nachhaltigkeit, der jährlich an eine NGO oder eine gemeinnützige und gesellschaftlich engagierte Organisation vergeben wird. Die zweitägige Konferenz unter dem Titel «Competitive Locations – Liveable Cities» versammelte neben den für den Preis Nominierten rund ein Dutzend NGOs aus aller Welt, Vertreter von Städten, Wirtschaft und Wissenschaft – die mithin relevanten Stakeholder, die unterschiedliche Interessen an einer nachhaltigen Stadtentwicklung haben.

Wirtschaft und Lebensqualität

Die Wirtschaft wird immer globaler und vernetzter, und der Wettbewerbsdruck steigt weltweit. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sind heute mobiler denn je. Daher beginnen neben multinationalen Firmen zunehmend auch KMU, ihre Firmenstandorte periodisch zu überprüfen. Dort, wo die industrielle Produktion stark wächst, entstehen oft grosse Umweltprobleme. Diese Ausgangslage bildete den Hintergrund der Tagung, die der Frage nachging, ob

attraktive Wirtschaftsstandorte zugleich Städte mit hoher Lebensqualität für ihre Bewohner sein können.

Eingeladen waren erfolgreiche Städte aus Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und wirtschaftlicher



Neben der Preisverleihung stand der Erfahrungsaustausch über Nachhaltigkeit im Standortwettbewerb im Zentrum der Tagung.



Kraft: Bangalore als erfolgreiche Stadt aus dem Schwellenland Indien, Riga als die am schnellsten wachsende Stadt in Europa aus dem wirtschaftlich aufstrebenden Baltikum, Oslo und Barcelona als zwei erfolgreiche Städte Europas, die als Wirtschaftsstandorte wettbewerbsfähig und gleichzeitig auch lebenswert sind.

Hochkarätige Referenten

David Syz, ehemaliger Staatssekretär im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), beleuchtete die Wirkungen wirtschaftlicher Veränderungen und von Trends auf Städte. Saskia Sassen, Professorin der Soziologie an der University of Chicago sowie der London School of Economics, ging auf die Entwicklung von Städten ein und betonte, dass heute, wo alle Städte die «Knowledge Economy» haben wollten, es umso wichtiger sei, sich auf seine Geschichte zu besinnen. Hans Weder, Rektor der Universität Zürich, hob die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft als Erfolgsfaktor eines Wirtschaftsstandorts hervor. Aymo Brunetti, Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik im Seco, stellte am Beispiel der Schweiz den Zusammenhang her zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und der von Städten. Wie internationale Firmen Standortentscheide treffen und vorbereiten, zeigten Vertreter von Alcan, Google, SAP und Swiss Re. Emissäre von Beratungsunternehmen wie Mercer und Cushman & Wakefield erläuterten, wie sie ihre Städterankings erstellen, mit denen Städte sich hinsichtlich Wirtschaft (Cushman & Wakefield) oder Lebensqualität (Mercer) vergleichen lassen.

Gründe für den Erfolg von Standorten

Oslo hat die Reduktion von Treibhausgasen, die Verbesserung der Luftqualität und eine Steigerung der Energieeffizienz als Ziele definiert. Trotz seiner

geografisch peripheren Lage ist Oslo als Standort erfolgreich und Sitz vieler internationaler Firmen.

Barcelona arbeitet unter dem Begriff «Barcelona Model» mit acht Erfolgsfaktoren der Städtepromotion: Enterprising spirit; public-private collaboration, seeking consensus; citizen involvement; a city that is always thinking (and re-thinking); high quality of Life; commitment to innovation and knowledge; commitment to sustainable development. Dass Barcelona eine erfolgreiche Stadt ist, zeigt ihr grosser Aufstieg im Ranking von Cushman & Wakefield in den letzten Jahren sowie der Umstand, dass die Stadt mit 9% der Landesbevölkerung 19% des BIP erwirtschaftet. Barcelona beherbergt 20% der Firmen des Landes und bestreitet 28% der spanischen Exporte.

Dass Zürich den Übergang vom Industriestandort zur Wissensökonomie erfolgreich gemeistert hat, zeigten die Ausführungen von Stadtpräsident Elmar Ledergerber. Natürlich ist Zürich, genauso wie andere Städte auch, eingebettet in die wirtschaftliche Situation des Landes und dessen Rahmenbedingungen. Was Zürich zum Erfolg führte, sind neben der Zusammenarbeit der politischen Parteien vor allem auch der Dialog und die Kooperation mit Bürgern und Stakeholdern – Unternehmen, NGO und Entwickler – in wichtigen lokalen Planungsprozessen.

Alcan-Preis-Gewinner 2006

Am Abend des zweiten Tages übergab der CEO von Alcan, Dick Evans, in feierlichem Rahmen den Alcan Prize for Sustainability an den Gewinner des Jahres 2006. Für das Barefoot College in Indien konnte dessen Gründer, Bunker Roy, den Preis entgegennehmen. Seit 1972 hat das Barefoot College das Leben der ärmsten Menschen in Indien dadurch verbessert, dass es mehr Wert auf die Vermittlung praktischer Kennt-

nisse und Fähigkeiten als auf Schulwissen legt, indem die Menschen durch Erfahrung lernen. Barefoot bildet vor allem Frauen in den Bereichen Trinkwasser, Gesundheit und Hygiene, in Fragen zu Strom und Energie sowie solchen zum sozialen Bewusstsein und zum Schutz der Umweltsysteme in dörflichen Gemeinschaften aus.

Nachhaltige Entwicklung als Schlüsselfaktor

Auf die Frage, wie nachhaltig sich die Stadt Zürich entwickelt, gibt es keine endgültigen Antworten. Die Mercer-Studie führt Zürich bereits im sechsten Jahr in Folge als die Stadt mit der höchsten Lebensqualität, und auch andere Rankings geben Zürich gute Noten. Dennoch bieten solche Konferenzen die wichtige Möglichkeit, sich mit anderen erfolgreichen Städten zu vergleichen und Kontakte zu knüpfen. Für Städte und Megastädte in Entwicklungs- und Schwellenländern ist ein rasches wirtschaftliches Wachstum die primäre Herausforderung. Die Folgen sind oftmals verschlechterte Lebensbedingungen und Umweltbeeinträchtigungen. Die Tagung zeigte jedoch, dass ein attraktiver Wirtschaftsstandort auch gleichzeitig eine lebenswerte Stadt sein kann. Eine wirtschaftliche Entwicklung ist aber nur dann als nachhaltig zu bezeichnen, wenn die Städte ein Gewicht auch auf soziale Kohäsion und gute Umweltbedingungen legen und eine Politik verfolgen, die möglichst alle Beteiligten, Unternehmen wie Bewohner, einbezieht.



Susanne Brunner
Projektleiterin,
Wirtschaftsförderung

Am Rand

Begegnungen mit der Stadtgrenze

Wie ist es eigentlich an der Grenze von Zürich? Sieht man sie? Spürt man sie? Nicht einfach zu beantworten, grenzt die Stadt Zürich doch immerhin an 14 Gemeinden. Auf einer Länge von 58,6 Kilometern durchquert die Grenze unterschiedliche Landschafts- und Siedlungsräume. Wir haben uns aufgemacht, die Stadtgrenze zu erkunden.

Bequem erreichen wir vom Klusplatz aus Witikon und glauben, schon die Stadtgrenze erreicht zu haben. Der Stadtplan belehrt uns jedoch eines Besseren: Der östlichste Grenzpunkt von Zürich befindet sich knapp zwei Kilometer weiter draussen, wo der Oetlisberg bereits gegen das Glattal abfällt. Auf dem Weg dorthin zeigt sich Zürich überraschend ländlich: Wälder und Wiesen flankieren die Strasse. Falken rütteln über Kornfeldern, und tatsächlich verschwindet ein Rehbock im Gehölz.

An der Grenze angelangt, stossen wir etwas überrascht auf einen jüdischen Friedhof. Es ist einer der fünf israelitischen Friedhöfe in Zürich. Seit 1936 werden hier vor allem orthodoxe Mitglieder der jüdischen Gemeinde bestattet. Unweit davon steht ein nicht mehr allzu intensiv genutztes Zeughaus.

Grüne Grenze

Während die Zürcher Seite dieses Grenzabschnitts dicht bewaldet ist, wächst auf der andern Seite Binz, ein Ortsteil

der Gemeinde Maur. Der Traum vom Leben auf dem Lande, bevorzugt im Einfamilienhaus, ist hier gebaute Realität geworden. Und trotz der Südanflüge wird im mit vielen gelben Bannern geschmückten Schneiserland weiter gebaut.

Gegen Osten breitet sich die Geländekammer von Glatt, Greifensee und Mönchaltorfer Aa aus. Viel Grün, aber auch viel Gebautes. Was wir nicht sehen können – nämlich die Grenzen –, bilden hier ein Lehrstück in Sachen räumlich-



Zürcher Kühe besuchen «glow.das Glattal».

institutioneller Fragmentierung und Komplexität. Der Kanton Zürich ist in zwölf Bezirke und elf Planungsregionen eingeteilt. Institutionelle Unübersichtlichkeit ist die Folge: Zum Bezirk Uster gehören Gemeinden der Planungsregionen Glattal, Pfannenstil und Oberland, während sich umgekehrt die Planungsregion Glattal über Gebiete der Bezirke Uster, Bülach und Dielsdorf erstreckt. Erfreulicherweise sind institutionelle Grenzen nicht immer unüberwindbare Hürden: Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) ist ein gutes Beispiel einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Organisation. Trotz abnehmender Taktichte jenseits der Stadtgrenze erlauben es uns die Tangentialverbindungen des ZVV, relativ bequem nach Opfikon-Glattbrugg und damit zum Ort unserer nächsten Grenzbegegnung zu kommen.

Rücken an Rücken

Während Zürich und Opfikon im Gebiet Leutschenbach und Glattpark geplant zusammenzuwachsen beginnen, präsentiert sich nur unweit nördlich davon eine völlig andere Situation: Im Gebiet «Frohühl» stossen die gleichen zwei Gebietskörperschaften quasi Rücken an Rücken aneinander. Nichts scheint hier gewollt, alles einfach passiert zu sein. Und mittendurch brummt brutal der Nordring. Auf Stadtzürcher Seite steht verloren ein ehemaliger Bauernhof und erweckt den Eindruck, dass jenseits der Grenze das Land anfangen müsse. Doch statt Land folgt wiederum dicht überbautes Gebiet. Das angrenzende Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet zieht sich bis zum Flughafen und ist eines der Kerngebiete des boomenden Glattals, das in den letzten Jahrzehnten über alle Grenzen hinweg zu einem Siedlungsraum mit rund 100 000 Arbeitsplätzen und etwa gleich vielen Einwohnerinnen und Einwohnern herangewachsen ist. Immerhin hat sich im Glattal das Bewusstsein entwickelt, dass es nicht reicht, einfach zusammengewachsen zu sein, um schon eine Stadt zu sein. Die acht Gemeinden Dübendorf, Kloten, Opfikon, Wallisellen, Rümlang, Bassersdorf, Dietlikon und Wangen-Brüttsellen haben sich im Jahr 2000 im Verein «glow.das Glattal» zusammengeschlossen und wollen gemeinsam ihre Zukunft als Netzstadt gestalten. Auch in diesem Grenzabschnitt begegnet uns eine Kuriosität: Eingeklemmt zwischen dem Nordring und der übertra-



Die Sportanlage Juchhof liegt in Schlieren und in Zürich.

schend urban wirkenden neuen Siedlung «Eichrain», glänzen nigelnagelneue, farbige Baumarkthäuschen. Es ist der neue Standplatz jener Fahrenden, die in Leutschenbach dem Bau des Leutschenparks hatten weichen müssen. Wir kommen ins Nachdenken über den Zusammenhang von geografischer und gesellschaftlicher Randlage.

Steilpass

Auch die Westgrenze Zürichs wartet mit Bemerkenswertem auf: Wie ein überdimensionierter Grenzstein steht seit 1985 das ehemalige Paket- und neue Briefverteilzentrum Zürich-Mülligen in der viel zitierten Bandstadt Limmattal. Es markiert unübersehbar die Grenze zwischen den beiden Städten Zürich und Schlieren. Für die einen war der Bau eine Neudefinition der städtebaulichen Torsituation an der Zürcher Stadtgrenze, für die anderen die Zerstörung eines wertvollen Siedlungstrenngürtels. Immerhin scheint ein Rest dieses Gürtels gesichert, denn der kantonale Richtplan weist hier kurioserweise gar einige Fruchtfolgeflecken aus.

Ansonsten prägen Verkehrsinfrastrukturen aller Art die Grenzsituation. Verlässt man die Stadt Zürich, sticht ins Auge, dass eben noch stadtgerecht gebändigte Strassen plötzlich zu breiten, mehrspurigen Fahrschneisen werden. Ein grosser Autohandel sucht hier unsere Aufmerksamkeit und scheint uns darauf hinweisen zu wollen: Jetzt beginnt das Autoland.

Zwischen Strassen und Schienen schlängelt die Grenze um Gaskessel herum und quert Fussballfelder. Die Gas-

behälter erinnern uns daran, dass unliebsame Nutzungen schon immer gerne an die Grenzen verschoben wurden. Die Sportanlage Juchhof unweit davon betont dagegen das Verbindende von Grenzen: Einerseits ist sie ein Treffpunkt fussballbegeisterter Menschen unterschiedlichster Herkunft. Andererseits steht die Anlage auf Schlieremer und Zürcher Boden und kann so geradezu als Steilpass zu einer verbesserten interkommunalen Zusammenarbeit gelesen werden.

Ambivalente Grenzwelten

Wie ist es denn nun an der Stadtgrenze? Wir sind etwas unschlüssig. Es begegnet uns manchmal geradezu erschreckend beliebige, identitätslose Orte, mit beträchtlichem städtebaulichem und verkehrstechnischem Reparaturbedarf. Dann wiederum waren die von uns besuchten Grenzabschnitte irgendwie auch wohltuend undefiniert und damit gar nicht ohne Reiz. Auf jeden Fall gibt es viel zu entdecken am Rand. Und zu sinnieren.



Orlando Eberle
Projektleiter,
Stadtentwicklung



Günther Arber
Projektleiter,
Stadtentwicklung

Einfach eine von 171 Gemeinden?

Zürichs Gewicht im Zürcher Gemeindepräsidentenverband

Der Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich vertritt die Interessen der 171 Zürcher Gemeinden gegenüber dem Kanton. Die Stadt Zürich spielt im Verband als die grösste Gemeinde zwar eine besondere Rolle. Die Entwicklungen zeigen jedoch, dass politische Anliegen nur in Absprache und Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Chance auf Erfolg haben.

Der Kanton Zürich ist politisch in 171 Gemeinden eingeteilt. Der Gemeindepräsidentenverband, kurz GPV, schliesst die 171 Präsidentinnen und Präsidenten der Stadt- und Gemeindeexekutiven im Kanton Zürich zusammen. Gemäss Verbandsstatuten bezweckt der Kantonalverband die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der zürcherischen Gemeinden und die Behandlung von Fragen der Gemeindeorganisation und Gemeindeverwaltung. Es wird Wert darauf gelegt, dass der Verband klare

politische Statements abgibt, die die Kernanliegen der Gemeinden betreffen.

Verbandsorganisation

Der Leitende Ausschuss (LA), der sich aus 13 Mitgliedern zusammensetzt, ist das Leitungsgremium des GPV. Jede Bezirkssektion bestimmt ihre Vertreterin oder ihren Vertreter im Leitenden Ausschuss. Der Stadtpräsident von Zürich ist als Vertreter des Eingemeindebezirks Zürich somit der einzige, der einen eigentlich «festen» Sitz im Leitenden Aus-

schuss hat. An den monatlichen Sitzungen des LA werden aktuelle Geschäfte und Vernehmlassungen diskutiert, Informationen aus den Bezirkssektionen eingebracht, und es wird ein allgemeiner Gedankenaustausch zu aktuellen Themen gepflegt. Innerhalb des LA wird in Ressorts gearbeitet, die thematisch gegliedert sind. Dem LA steht ein 50%-Sekretariat zur Verfügung, das als organisatorische Drehscheibe fungiert. Es ist seit Mitte 2007 bei der Stadtentwicklung der Stadt Zürich angesiedelt, was



auch Ausdruck der guten Zusammenarbeit zwischen der «Stadt» und den «Gemeinden» ist.

Lobbying für die Gemeinden

Der GPV pflegt eine Politik des direkten Kontakts mit der Kantonsregierung, mit den leitenden Angestellten der Direktionen sowie mit kantonsrätlichen Kommissionen. Dabei wird nicht etwa der Weg über die Medien gesucht, sondern die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Systembedingt vertreten der Kanton und die Gemeinden unterschiedliche Meinungen, insbesondere zur Aufgabenteilung zwischen diesen zwei Staatsebenen und zu deren Finanzierung. In diesem Spannungsfeld versteht sich der GPV als Sprachrohr und Interessenwahrer der Gemeinden. Er koordiniert und steuert diese Prozesse gegenüber dem Kanton. Die neue Bundesverfassung und die neue Kantonsverfassung werten die Rolle der Gemeinden in den letzten Jahren stark auf (Stichworte: Gemeindeautonomie, Gemeindeverträglichkeitsprüfung). Der GPV wird vermehrt zu einer eigentlichen Lobby-Organisation der Gemeinden. Er bringt mit seinen Vernehmlassungsantworten, Anfragen

usw. sowie via seine Abgeordneten in Dutzenden von kantonalen Arbeitsgruppen die Interessen der Gemeinden ein. Der Regierungsrat ist derzeit daran, organisatorische Strukturen aufzubauen, mit denen das Mitspracherecht der Gemeinden institutionalisiert und praktisch umgesetzt werden kann. Künftig sollen die Gemeinden etwa bei der Lancierung grösserer Gesetzesprojekte, die sie betreffen, zusammen mit den zuständigen kantonalen Gremien die Kernpunkte und die Stossrichtung eines Vorhabens vorbesprechen oder eigene Revisionswünsche einbringen können. Damit sollen bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Weichen bei Kernanliegen der Gemeinden richtig gestellt und Fehlentwicklungen von Anfang an vermieden werden.

Die Rolle der Stadt Zürich im Verband

In der Stadt Zürich lebt rund ein Viertel der Kantonsbevölkerung. Dieser Umstand zieht unweigerlich die Frage nach sich, welche Rolle die Stadt Zürich innerhalb des GPV einnimmt. Meinungsunterschiede zu Sachfragen sind zwischen «Stadt» und «Gemeinden» natürlich vorhanden. Diese gibt es jedoch auch zwischen den übrigen Gemeinden. Die Meinungsunterschiede sind durch die Vielfalt von Gemeindetypen gegeben: kleinere, mittlere, wohlhabende, weniger wohlhabende, typisch ländliche, vorstädtische oder industriell geprägte Gemeinden, «Schlafgemeinden», Gemeinden an Hauptverkehrsachsen usw. Jede Gemeinde hat so, zusätzlich geprägt durch Faktoren wie regionale Einbettung, historische Begebenheiten, politische Kultur usw., ein sehr spezifisches «Problempprofil». Daraus entstehen verschiedene Vorstellungen, Anforderungen und Anliegen bei politischen Entscheidungsprozessen. Die Städte bringen durch ihre sehr gut ausgebauten Verwaltungsstrukturen ausgezeichnete Fachleute mit grossem Know-how ein. Die kleineren Gemeinden wiederum verfügen mit ihren beweglichen Verwaltungsstrukturen über direktere Entscheidungs- und Kommunikationswege. Mit dem Rückgriff auf dieses vielfährige Netzwerk erst ist es dem GPV möglich, die Interessen der Gemeinden wirkungsvoll zu vertreten. Jedes Gesetz und jede Verordnung im Kanton Zürich muss kompatibel sein für die Grossstadt ebenso wie für die Kleingemeinde mit

weniger als 500 Einwohnern. Diese Prämisse macht die Gesetzgebungsprozesse im Kanton Zürich einerseits diffizil, andererseits aber auch sehr spannend und vielschichtig.

Vermehrtes Teamwork ist das Gebot der Zeit

Die Mitglieder des LA bringen viele Impulse aus ihren Bezirken in den Verband ein. Auch die Stadt Zürich reiht sich so im Gremium ein. Der Stadtpräsident bringt wie alle anderen Mitglieder des LA die Anliegen und Interessen der Stadt ein. Die Meinung der Stadt ist im Verband sehr gefragt, da bei der Komplexität der heutigen Vorlagen die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden nur noch schwer abschätzbar sind. Die Stadt kann oftmals Zahlenmaterial und Hintergrundwissen liefern, das in anderen Gemeinden schlicht nicht vorliegt. Sachgeschäfte werden im LA eingehend diskutiert. Parteipolitische Fragen spielen dabei kaum eine Rolle. Selten braucht es eine Abstimmung zur Entscheidungsfindung. Erfreulicherweise gibt es im LA weder einen Stadt-Land-Gegensatz noch andere grundlegende Differenzen. Bei unterschiedlichen Meinungen gehört nicht immer dieselbe Mitgliederkonstellation zu den Gewinnern oder Verlierern. Dennoch spielt die Stadt Zürich allein schon durch ihre Grösse und ihre Stellung als Wirtschaftszentrum eine besondere Rolle im Verband. In vielen Fragen, die besonders städtische Phänomene betreffen, übernimmt sie die ihr zustehende Leaderfunktion. Besonders bei heiklen politischen Fragen wird im LA nach dem grössten gemeinsamen Nenner gesucht. Weder die «Städte» noch die «Gemeinden» könnten heute individuelle Anliegen im Alleingang durchbringen. Die Erfahrung lehrt, dass bei wichtigen Anliegen nur das gegenseitige Sondieren und die gemeinsame Stellungnahme, hinter der der Grossteil der Gemeinwesen steht, mit politischem Erfolg belohnt wird. Durch diese Einsicht werden die Grenzen zwischen den Zürcher Gemeinden auch ohne Fusionen unter Gemeinden zusehends durchlässiger.

Martin Harris
Projektleiter, Stadtentwicklung

Neu bei Stadtentwicklung:



Martin Harris arbeitet seit dem 1. Juni 2007 neu als Projektleiter (50%) im Team der Stadtentwicklung. Er engagiert sich im Bereich des Legislaturschwerpunkts «Allianzen über die Grenzen» und koordiniert u. a. die Kontakte zum Schweizerischen Städteverband sowie die im Aufbau befindlichen Beziehungen zu den internationalen Städtenetzwerken. Die Stelle ist kombiniert mit dem 50%-Sekretariat des Zürcher Gemeindepräsidentenverbands, das er seit 2002 führt. Er arbeitete zuvor als Landschreiber des Bezirkes Einsiedeln und ab 2002 als Substitut bei der Gemeinde Zollikon. Martin Harris promovierte an der Universität Fribourg in Neuerer Geschichte und Germanischer Philologie. Mit diesem Artikel stellt sich Martin Harris im «Stadtblick» vor.

Zürichs Norden: Lage als Hauptvorteil

Stadtentwicklung erfragte die Gründe für den Zuzug in die Kreise 11 und 12

In den Norden der Stadt Zürich mit seinen Neubauten zieht es derzeit besonders viele Menschen. Die Stadt Zürich engagiert sich entsprechend intensiv in den Quartieren der Stadtkreise 11 und 12. So befragte Stadtentwicklung Zürich die Zugezogenen nach ihren Beweggründen für eine Wohnsitznahme in Zürichs Norden sowie zu ihrer Beurteilung der Quartiere.

Insgesamt wurden 380 zwischen Ende März und Ende Juni 2007 in die Kreise 11 und 12 Zugezogene schriftlich befragt. Die Ergebnisse zeigen einige Besonderheiten des Zuzugs nach Zürich Nord.

Fast alle suchten in der Stadt

Gemäss Bevölkerungsstatistik kommen 33% der Zu- und Umziehenden im Untersuchungszeitraum aus Zürich Nord selbst (Stadtkreise 11 und 12) und weitere 24% aus der restlichen Stadt. Nur 48% der Zu- und Umziehenden sind SchweizerInnen, 52% AusländerInnen. 5% zogen direkt aus Deutschland zu.

Während der Untersuchungsperiode belegte wegen der gerade fertiggestellten Grosssiedlungen (v. a. in Affoltern) ein besonders hoher Anteil, nämlich 35% der Befragten, Neubauwohnungen. 22% gaben an, in eine Genossenschaftswohnung gezogen zu sein. Ein Vergleich mit den Zu- und Wegzugerbefragungen für die ganze Stadt aus dem Jahre 2005 weist auf einen höheren Anteil an Mittel-

standseinkommen hin, während die untersten und obersten Einkommen seltener vertreten sind. Der Anteil an «wenig Sesshaften», die zuvor maximal zwei Jahre in der Wohnortsgemeinde gelebt haben, ist relativ hoch.

91% hatten gezielt eine Wohnung in der Stadt Zürich gesucht und nur 9% ihre Suche bewusst über die Stadtgrenzen ausgedehnt. 14% hatten ihre Suche vor allem auf das Quartier konzentriert, in dem sie schliesslich die neue Wohnung fanden. Weitere 31% hatten schwerpunktmässig im Norden Zürichs gesucht, womit insgesamt 45% eine Präferenz für die nördlich gelegenen Stadtteile ausweisen. Weitere 47% hatten ohne Quartiervorlieben generell in der Stadt gesucht.

Die neuen BewohnerInnen ziehen somit oft ganz bewusst in den Norden Zürichs, sind mindestens aber überzeugte StadtzürcherInnen. Ihre Identifikation mit dem neuen Wohnort dürfte daher meist recht gut sein, da es sich nicht um anonyme Standortentscheide handelt.

Lage und öffentlicher Verkehr als Stärke

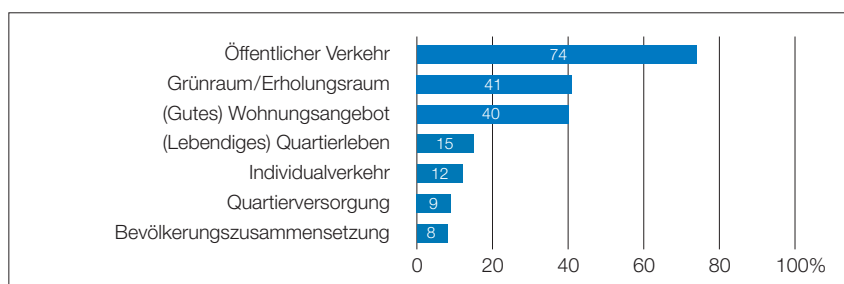
Gegen die Hälfte der Befragten gab berufliche Ursachen oder Aus- und Weiterbildungen als Grund für die Wohnungssuche an. Fast ebenso viele hatten gesucht, weil die alte Wohnung nicht mehr passte. Liegt der Grund im beruflichen Wechsel, scheint die Lage für viele der «unique selling point» des betreffenden

neuen Wohnquartiers zu sein. Die Lage wird denn auch von 50% als Hauptgrund genannt, in einem Quartier im Norden Zürichs zu wohnen. Auffällig oft äussern sich diesbezüglich nach Neu-Oerlikon und Seebach Zugezogene. Die mit Abstand am meisten erwähnte Stärke von Zürichs Norden ist aus Sicht von 74% der Zuziehenden das öffentliche Verkehrsangebot; besonders oft wahrgenommen wird dies in Oerlikon und Seebach. Diese Stärke passt bestens mit dem genannten Standortfaktor «Lage» zusammen.

Bevölkerungszusammensetzung gefällt weniger

Als bedeutendsten Minuspunkt nennen 31% die Bevölkerungszusammensetzung, besonders oft nach Seebach und Schwamendingen Zugezogene. Für die Quartierentwicklung bedeutsam sind neben der Bevölkerungszusammensetzung sicherlich auch weitere nicht hoch bewertete Qualitäten von Zürich Nord: das Quartierleben, der Individualverkehr und die Quartiersversorgung. Zu diesen Aussagen passt auch, dass die Neuzuziehenden zwar nur selten (17%) einen spezifischen Informationsbedarf zu bestimmten Themen bei den Behörden anmelden, diesen aber am ehesten beim Quartierleben orten.

Ein Bericht zur Befragung wird auf der Homepage der Stadtentwicklung unter dem Thema Wohnen publiziert.



Von neu Zugezogenen genannte Stärken von Zürichs Norden (Häufigkeit der Nennungen in Prozent).



Alex Martinovits
Projektleiter,
Stadtentwicklung

Wie viel Dynamik erträgt die Stadt?

Einschätzungen aus der diesjährigen Bevölkerungsbefragung

Städte sind Orte permanenter Veränderungen. 85 Prozent der Bevölkerung finden, Zürich entwickle sich in eine gute Richtung. Im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Erneuern befürwortet eine grosse Mehrheit zwar das Schaffen von mehr Wohnraum, 47 Prozent finden sogar Hochhäuser gut, aber die Quartiere sollen in der Meinung von zwei Dritteln unverändert erhalten bleiben.

In den letzten Jahren hat sich in Zürich einiges verändert. Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt eine bewegte Entwicklung. Viele bauliche Veränderungen waren und sind Ausdruck des kontinuierlichen gesellschaftlichen Wandels. Umgekehrt beeinflussen Neubauten das soziale Leben. Zürich wird sich in diesem Wechselspiel zwischen gesellschaftlichem Wandel und Veränderungen der gebauten Umwelt auch in Zukunft weiterentwickeln.

Zürich im Zeitstrom

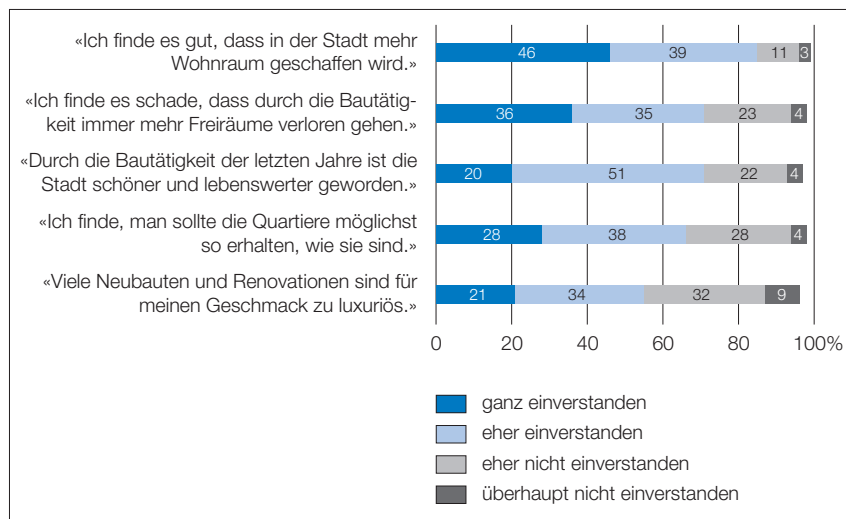
In Zürich ist in den letzten zehn Jahren sehr viel passiert. Die Bautätigkeit hat stark zugenommen – viele Projekte sind bereits realisiert, einige noch in Planung. Im Norden und Westen der Stadt entstehen neue Quartiere. Für die südlichen Entwicklungsgebiete werden Bebauungs- und Nutzungsvorstellungen erarbeitet (vgl. «Stadtblick» 15). Weitere noch kommende Grossprojekte werden der Stadt abermals ein teilweise neues Gesicht geben. Ein Legislatorschwerpunkt des Stadtrates heisst deshalb «Planen und Bauen für die Stadt von morgen». Aber auch in gesellschaftlicher Hinsicht ist viel geschehen: Ausländische Firmen und Arbeitskräfte internationalisieren die Zürcher Wirtschaft. Arbeitsmigration und Familiennachzug führen dazu, dass immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in der Stadt leben. Und niemand würde bestreiten, dass Zürich zu einer beliebten Kultur- und Partystadt geworden ist – wenn auch erst in den vergangenen Jahren.

Stadtentwicklung und das Tempo der Veränderung sind vermehrt wieder zu einem öffentlichen Thema geworden. Für die städtischen Behörden sind die Wahrnehmung und die Meinung der Bevölkerung zu dieser Entwicklungsdynamik von grossem Interesse. Die vielfältigen Veränderungen wurden in der diesjährigen Bevölkerungsbefragung deshalb vertieft behandelt.

Erhalt versus Erneuerung

Bauliche Veränderungen in ihrer nächsten Wohnumgebung nehmen 58 Prozent der Befragten wahr. 60 Prozent davon, also insgesamt ein Drittel, bezeichnen diese als gross. Das Schaffen von mehr Wohnraum in der Stadt stösst auf grosse Zustimmung (85 Prozent). Gleichzeitig finden es 71 Prozent aber

auch «schade, dass durch die Bautätigkeit immer mehr Freiräume verloren gehen». Ebenso viele stimmen der Aussage zu, dass «durch die Bautätigkeit der letzten Jahre [...] die Stadt schöner und lebenswerter geworden» ist. Dennoch sind zwei Drittel der Meinung, «man sollte die Quartiere möglichst so erhalten, wie sie sind». Die Skepsis gegenüber baulichen Veränderungen kommt in verschiedenen Quartieren unterschiedlich stark zum Ausdruck. Voten für eine Quartiererhaltung und gegen einen befürchteten Freiraumverlust werden in Affoltern weitaus häufiger geäussert als beispielsweise im Kreis 5. In beiden Quartieren ist die bauliche Dynamik gross, hingegen die Ausgangslage unterschiedlich. Geteilte Meinungen finden sich zum Bau von





Die geplante Überbauung für Dienstleistungen, Wohnen und Kultur auf dem Löwenbräuareal kombiniert historische Bauten mit Neuem.

Hochhäusern: Je 47 Prozent sind für bzw. gegen deren Bau. Eine knappe Mehrheit der unter 40-Jährigen und vor allem Befragte im Hardquartier (62 Prozent) finden Hochhäuser aber grundsätzlich gut.

Veränderungen des Quartierlebens

Neben den Einschätzungen zur gesamtstädtischen Entwicklung wurde auch die Wahrnehmung von Veränderungen im Wohnquartier erfragt. Die persönliche Wohnsituation und die Wohnumgebung erhalten im Allgemeinen sehr gute Bewertungen. Das subjektive Empfinden der Verhältnisse und Veränderungen der letzten Jahre in den einzelnen Quartieren unterscheidet sich hingegen stark. Generell schlechter beurteilt werden beispielsweise die Zusammensetzung der Bevölkerung im Quartier oder die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. In Hirzenbach, Saaten/Schwamendingen und Seebach zählt auch der Ruf des eigenen Quartiers zu den sich verschlechternden Faktoren. Der Imageverlust geht einher mit einer generell tendenziell eher negativ eingeschätzten Veränderung (40 bis 43 Prozent der Befragten schätzten die Veränderungen eher negativ, 15 bis 20 Prozent eher positiv ein). Im Werd-/Langstrassenquartier beurteilt die Bevölkerung den Ruf zwar mehrheitlich negativ, hingegen konstatieren immerhin 40 Prozent der Befragten eine Verbesserung des Rufs und positive Veränderungen in ihrer

Wohnumgebung. Nur 19 Prozent stellen eher negative Veränderungen fest.

Internationaler und lebensfroh

Drei Viertel der Befragten stehen der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft positiv gegenüber. Den internationalen Arbeitsmarkt begrüsst vor allem eine gut gebildete jüngere Generation, die voll im Erwerbsleben steht und ein hohes Einkommen erzielt. Befragte in tieferen und mittleren Einkommenslagen schätzen diese Entwicklung kritischer ein.

Für 73 Prozent der Befragten hat Zürich dank der steigenden Anzahl von Veranstaltungen und der Liberalisierung des Gastgewerbes deutlich an Lebensqualität gewonnen – doch 45 Prozent beklagen sich über den Abfall und den Lärm, den diese Entwicklung mit sich bringt.

Erwartungsunsicherheiten

Für Teile der Bevölkerung können die sich verändernden Rahmenbedingungen mit Unsicherheiten verbunden sein. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wie auch die ökonomische Zukunft werden im Durchschnitt so gut wie noch nie eingeschätzt, was der guten Konjunkturlage entspricht. Die persönliche wirtschaftliche Situation wird dennoch, unabhängig davon, über die Jahre immer etwa gleich eingeschätzt. Trotz Wirtschaftsaufschwung erwarten rund 10 Prozent der Befragten in ein bis zwei Jahren für sich persönlich eine schlech-

tere ökonomische Situation. Rund 20 Prozent bekunden generell eher Mühe mit Veränderungen, als dass sie diese als Chance empfinden würden.

Die Richtung der Entwicklung stimmt

Im Allgemeinen erhält die Aussage, «Zürich entwickelt sich in eine gute Richtung» von 83 Prozent der Befragten Zustimmung. Kontrovers werden die Standpunkte hingegen beim Entwicklungstempo. Die eine Hälfte der Befragten begrüsst eine noch dynamischere Entwicklung, die andere nimmt eine ablehnende Haltung ein.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung steht den vielfältigen Veränderungen jedoch offen und positiv gegenüber. Dies soll nicht zur Annahme verleiten, es gebe diesbezüglich keine Probleme. Der «Tages-Anzeiger» betitelte die Stadt Zürich sogar unlängst als «Stadt der Befürchtungen» (Ausgabe vom 27. August 2007). Jedes Vorhaben, jede Veränderung rufe Befürchtungen und Widerstand hervor.

Es ist deshalb wichtig, sich mit dem raschen Wandel und seiner Wahrnehmung auseinanderzusetzen. Die Bevölkerungsbefragung ist ein Element dieser permanenten Aufgabe.

Der vollständige Bericht zur Bevölkerungsbefragung 2007 ist verfügbar auf der Webseite: www.stadt-zuerich.ch/stadtentwicklung.



Franziska Dörig
Projektleiterin,
Stadtentwicklung



Ergebnisbericht Zukunft Zentrum Oerlikon

(dw) Im Rahmen des stadträtlichen Legislaturschwerpunkts «Impulse für Zürich Nord» (2002–2006) initiierte STEZ Anfang 2003 Überlegungen und Massnahmen zur Zukunft des Zentrums Oerlikon. Der breit angelegte Prozess hat erfolgreich dazu beigetragen, das Zentrum Oerlikon als wichtigstes städtisches Zentrum neben der City zu stärken. Ein ausführlicher Ergebnisbericht dokumentiert nach fast vier Jahren die Resultate.

Der Bericht ist als PDF unter www.stadt-zuerich.ch/stadtentwicklung erhältlich oder kann telefonisch (044 412 36 63) bestellt werden.

Nationale Standortförderung wird in Osec integriert

(jpw) Nach der Zustimmung des Nationalrats hat nun auch die Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerats einer besseren Vermarktung der Schweiz im Ausland einstimmig zugestimmt. In Zukunft sollen die Instrumente der Exportförderung und der Standortpromotion sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter einem Dach zusammengeführt werden. Bei der vom Bund betriebenen Standortförderung soll danach die Förderorganisation «Osec Business Network Switzerland» zum eigentlichen Kompetenzzentrum bei der Koordination von Investitions- und Importhilfen werden. Sie umfasst als neues «Haus der Aussenwirtschaftsförderung» in Zukunft auch die Standortpromotion «Location Switzerland» sowie zwei weitere Organisationen, die heute unter anderem auch für den Handelsverkehr mit den Entwicklungs- und Transitionsländern zuständig sind. Ebenfalls einstimmig gutgeheissen hat die WAK den vom Nationalrat angenommenen Beschluss über die Finanzierung der Osec-Tätigkeiten, der ge-

mäss Vorschlag des Bundesrats einen Zahlungsrahmen von 68 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre vorsieht, davon 13,6 Millionen Franken für «Location Switzerland».

Metropoly in Zürich: Unter die Leute gehen

(ga) Vom 27. Juni bis 3. Juli 2007 gastierte «Metropoly – die urbane Schweiz» im neuen Einkaufszentrum Sihlcity. Die vom Verein Metropole Schweiz initiierte Sensibilisierungskampagne hatte zuvor schon an acht Orten in allen Sprachregionen Halt gemacht. Metropoly will Zusammenhänge zu den Themen Integration, Föderalismus und Raumentwicklung in der verstädterten Schweiz vermitteln. Die Stadt Zürich machte mit, weil sie ein vitales Interesse an einer breiten Diskussion über urbane Themen hat. Sihlcity bot sich als Ort an, um mit der Ausstellung und den Veranstaltungen von Metropoly möglichst viele Leute zu erreichen. Ein inhaltlicher Höhepunkt war das engagiert geführte Podium zum Thema «Muss die Schweiz neu eingeteilt werden?» mit namhaften Persönlichkeiten.

Dieser Ausgabe des «Stadtblicks» liegt die Broschüre zur Ausstellung bei. Zusätzliche Exemplare unter Telefon 044 412 36 63.

Eröffnung Werdwies

(ebo) Am 23. Juni 2007 wurde in der Grünau die städtische Wohnsiedlung Werdwies mit einem Siedlungs- und Quartierfest eingeweiht. Damit hat ein Umbruchprozess seinen Abschluss gefunden, der 1998 mit dem Entscheid zum Ersatz der Siedlung Bernerstrasse eingeleitet worden war. Zur sozialverträglichen und nachhaltigen Umsetzung dieses Vorhabens hatte auch das Projekt «Transit BE+» unter der Federführung von STEZ beigetragen.

Die Werdwies bietet Wohnraum für rund 500 Menschen, vorab Familien mit Kindern und Jugendlichen. Das bezüglich Grösse und Mietzinshöhe breite Wohnungsangebot – ein Drittel ist subventioniert – ermöglicht eine vielseitig durchmischte Bewohnerschaft.

Der Gemeinschaftsraum, Kindergarten und Krippe sowie der durchlässige Aussenraum bieten viele Möglichkeiten, sich zu treffen. Der vom Künstler Ugo Rondinone gestaltete kreisförmige Brunnen ist bei den Kindern schon jetzt äusserst beliebt. Ein Detailhandelsgeschäft sowie ein Bistro tragen zudem zur Quartiersversorgung bei.

Schönstes Schaufenster im Langstrassenquartier

(dw) Der Verein Langstrassenmarketing hat alle Geschäfte im Quartier aufgerufen, am Wettbewerb «Das schönste Schaufenster im Langstrassenquartier» mitzumachen. Mit der jüngsten Aktion möchte der Verein das ansässige Gewerbe fördern und das Langstrassenquartier als vielfältig, modisch und bunt positionieren. Eine Fachjury bewertete die angemeldeten Schaufenster, und Ende September fand ein Prämierungsevent mit einer Fotoausstellung statt. Sämtliche Fotos sind auf www.langstrassenquartier.ch aufgeschaltet, jene mit den schönsten Schaufenstern werden im Oktober auf verschiedenen Werbeträgern in der ganzen Stadt zu sehen sein.

Lesetipp: Vorstadt Avantgarde

(ebo) Susann Sitzler, Schweizer Journalistin mit Wohnsitz in Berlin, gelingt mit ihrem Buch «Vorstadt Avantgarde – Details aus Zürich-Schwamendingen» ein präzises und kritisches, aber auch liebevolles Bild eines Stadtquartiers im Umbruch.



Die angeblich klar geordnete und überschaubare Welt der Vorstadt wird im Buch von einer zunehmend individualisierten, internationalisierten und urbanen Welt überlagert. Sitzler schaut zwar nach Schwamendingen, meint aber letztlich die Schweiz, die «ihren eigenen Bildern davongaloppiert ist». Der Essay lebt von reizvollen Geschichten und Anekdoten, die Sitzler während eines dreimonatigen Aufenthalts in Schwamendingen zusammengetragen hat, und besticht auch wegen der treffend eingestreuten Analysen der Autorin.

Susann Sitzler: «Vorstadt Avantgarde – Details aus Zürich-Schwamendingen». Fotografien von Stefan Altenburger. Limmatverlag. Zürich 2007. ISBN 978-3-85791-528-4.

Wechsel bei der Integrationsförderung

(mec) Anna Wang hat ihre Stelle als Koordinatorin der IF-Kurse «Deutsch lernen» per 31. Juli 2007 verlassen, um sich ganz ihrer Tätigkeit als freischaffende Übersetzerin und Lektorin widmen zu können.



Als Nachfolgerin konnte Doris Züger gewonnen werden. Die lizenzierte Germanistin unterrichtet seit 1995 Deutsch als Zweitsprache für fremdsprachige Erwachsene, unter anderem auch als Kursleiterin im Rahmen der IF-Kurse «Deutsch lernen» für Frauen. Parallel dazu hat sie sich zur Ausbilderin mit eidgenössischem Fachausweis qualifiziert. Sie ist zusammen mit Barbara Thurnher neu verantwortlich für die Organisation der IF-Deutschkurse.

Wettbewerb: Wie leben Sie Zürich?

(sb) Die Stadt hat zum Motto «Wir leben Zürich» einen Wettbewerb lanciert. Gesucht werden sinnvolle und originelle Projekte mit gesellschaftlichem, sozialem, kulturellem oder sportlichem Hintergrund, die das Motto umsetzen. Projektideen können bis zum 15. Oktober 2007 eingereicht werden. Zur Umsetzung der drei besten Projekte stehen 60 000 Franken bereit.

Alle Unterlagen sind auf www.stadt-zuerich.ch/wettbewerb oder bei Stadtentwicklung Zürich, Wettbewerb, Postfach, 8022 Zürich erhältlich.

Beitritt zu weltumspannender Städtevereinigung

(liw) United Cities and Local Governments (UCLG) ist eine 2004 neu gegründete, weltumspannende Städtevereinigung. Über 1000 Städte und beinahe alle nationalen Städte- und Regionalverbände sind in ihr vertreten. Die Mitglieder repräsentieren mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Eine gemeinsame Deklaration definiert drei prioritäre Handlungsfelder: nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt, Dezentralisierung und lokale Demokratie sowie Kooperation und Diplomatie. Es wird eine enge Zusammenarbeit mit der UNO zum Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele angestrebt. Der Stadtrat hat am 18. April 2007 entschieden, UCLG beizutreten.

Beitritt zu Eurocities

(mh) Nach dem Beschluss des Stadtrats, dem Städteverbund Eurocities beizutreten, wird Zürich am 23. November 2007 an der Jahresversammlung in Danzig als neues Mitglied begrüsst. Eurocities vereinigt rund 130 Städte aus über 30 europäischen Ländern. Das Städtenetzwerk hat die Vision einer nachhaltigen Zukunft mit hoher Lebens-

qualität. Eurocities gibt den Städten Europas eine Stimme und führt den Dialog mit den europäischen Institutionen durch Networking, Lobbying und Campaigning.

Internetseite: www.eurocities.org

Rund ums Langstrassenquartier

(fd) Wie sehen die Wohn- und Lebensverhältnisse im Langstrassenquartier aus? STEZ und die Gemeinwesenarbeit führten Anfang Jahr eine Befragung durch. Die Resultate werden am Mittwoch, 24. Oktober 2007, um 19.30 Uhr im Restaurant Zeughaushof, Kanonengasse 20, vorgestellt. Eine zweite Präsentation mit einer vergleichenden Studie zum Leben in der Pariser Goutte d'Or findet zusammen mit der Vorführung des Dokumentarfilms «Zürich 4 – Paris 18» am Sonntag, 28. Oktober 2007, um 12 Uhr im Kino Xenix, Kanzleistrasse 56, statt.

Neue Plattform

(liw) Die Plattform für Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung (GSR) schafft ein Forum für Vernetzung und Wissenstransfer. Kernanliegen ist die Förderung von nachhaltigen, kooperativen und partizipativen Arbeitsformen. Dahinter steht die Überzeugung, dass die anstehenden Probleme der Städte, Gemeinden und Regionen nur unter Einbezug aller Interessen gelöst werden können. Die Plattform GSR wurde im Jahr 2005 von Fachleuten aus Politik, Wirtschaft, Umweltschutz, Raumplanung und sozialer Arbeit gegründet. Das Ziel des Vereins ist es, ein gemeinsames Aufgabenfeld dieser verschiedenen Berufsgruppen zu definieren und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern.

Weitere Informationen: www.plattform-gsr.ch



Herausgeberin

Stadt Zürich
Stadtentwicklung
Bäckerstrasse 7
Postfach, 8022 Zürich
Telefon 044 412 36 63
Fax 044 412 36 81
stadtentwicklung@zuerich.ch

Kontakt

Integrationsförderung
Telefon 044 412 37 37
Fax 044 412 37 42
www.stadt-zuerich.ch/integration

Stadtentwicklung
Telefon 044 412 36 63
Fax 044 412 36 81
www.stadt-zuerich.ch/stadtentwicklung

Wirtschaftsförderung
Telefon 044 412 36 33
Fax 044 412 36 37
www.stadt-zuerich.ch/wirtschaft

Redaktion: Karin Schulte, Stadtentwicklung Zürich
Lektorat/Produktion: Martin Grether, Techkomm, Zürich
Korrektorat: Heike Burkard, Rorbas
Grafisches Konzept: www.inform-zh.ch
Druck: Lenggenhager Druck, Zürich
Auflage: 2000 Exemplare

Fotos

Umschlag und S. 4, 7, 8, 12, 18, 23–25: Juliet Haller, Zürich; S. 14/15: Walter Gottschall, Planpartner AG; S. 16/17: Grün Stadt Zürich; S. 21: Alcan Inc.; S. 22: VisitOslo/Espen Brattlie und Turisme de Barcelona/J. Trullàs; S. 29: Gigon/Guyer und Atelier WW; übrige, nicht gekennzeichnete Fotos: AutorInnenfotos oder Stadtentwicklung

Nachdruck mit Quellenangabe erlaubt.